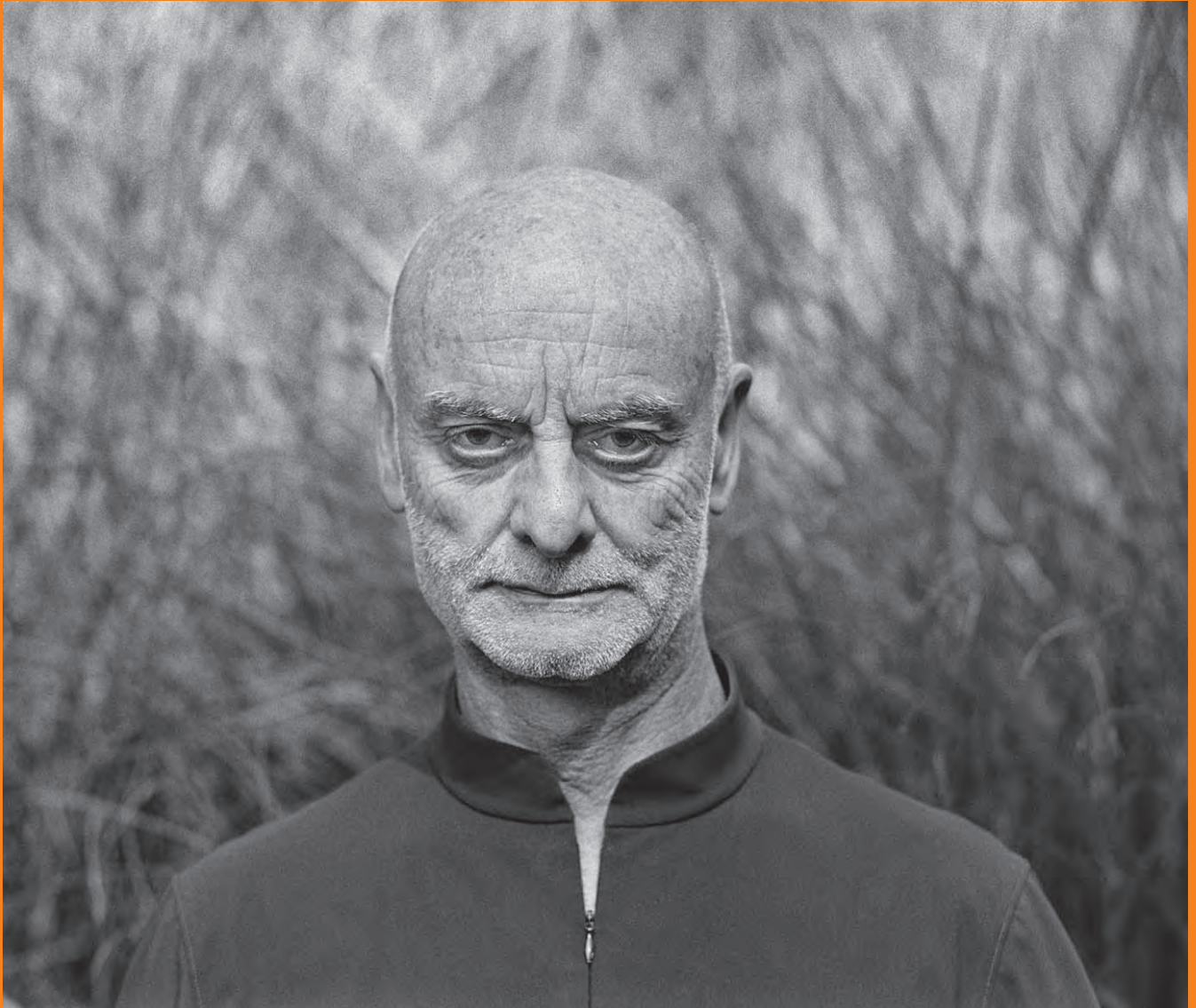


SEIT
1946

8-9/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



CHINESE WHISPERS

MAK

Was ist sozialdemokratisch?
Alexander Somek

No pasarán!
Emily Thornberry

**Fluchtursachen bekämpfen –
geht nur mit links!**
Josef Falkinger

Mehr Neues wagen
Doris Kampus

EDITORIAL

Die Ausläufer der innerparteilichen Stürme der letzten Wochen haben auch die ZUKUNFT in Unruhe versetzt und den Produktionsplan unserer Zeitschrift mehrfach durcheinandergebracht. Wir müssen daher nochmals um Entschuldigung für die eingetretene Verzögerung und um Verständnis dafür bitten, dass das Heft 10/2018 in einem außergewöhnlich kurzen Intervall auf dieses Heft folgen wird. Eine Sondernummer zu Weihnachten wird den 11-Hefte-Rhythmus wieder herstellen.

Dafür konnte den dynamischen Veränderungen der innerparteilichen Lage redaktionell Rechnung getragen werden.

Am Beginn dieses Heftes steht eine Aktuelle Debatte zur Frage der künftigen Ausrichtung der SPÖ:

Julia Herr entwickelt fünf konkrete Vorschläge, wie die SPÖ nach den Wirrnissen der letzten Wochen politische und organisatorische Geschlossenheit und Schlagkraft herstellen könnte.

Alexander Somek plädiert leidenschaftlich dafür, dass die Sozialdemokratie ihren Status als Erbin liberaler Ideen mit ihrer Mission als Klassenpartei wirksam verbindet.

Daniel Lehner wiederum analysiert, welche Möglichkeiten und Aufgaben die neue Rolle einer nicht mehr in der Regierung befindlichen Partei der Sozialdemokratie bietet und skizziert, wie Opposition auch gehen kann.

Ebenso tief setzt sich Josef Falkinger mit der innerparteilich viel diskutierten Frage der Migrationspolitik ausein-

ander. Statt einer Beschränkung auf die Verteidigung liberaler Werte oder gar dem Nachgeben gegenüber rechten Bedrohungs- und Abwehrbildern, fordert er einen neuen offensiven Ansatz: Die Sozialdemokratie müsse das Schlagwort von der „Bekämpfung von Fluchtursachen“ mit Leben erfüllen und in den Kontext aktiver Friedenspolitik und den Kampf gegen menschen- und umweltzerstörenden Raubtierkapitalismus stellen. In einem eigenen Teil, der in ZUKUNFT 10/2018 erscheinen wird, beschäftigt sich Falkinger mit konkreten Vorschlägen für einen neuen Marshall-Plan.

Erstmals in deutscher Sprache dokumentiert die ZUKUNFT die bemerkenswerte Parteitage Rede von Emily Thornberry, die in einer Regierung von Jeremy Corbyn das Außenministerium übernehmen würde. Ihr eindrucksvoller Appell zum Kampf gegen eine Politik von Hass und Spaltung verknüpft die kämpferische Geschichte der ArbeiterInnenbewegung mit ihren aktuellen Herausforderungen.

Philipp Tzaferis bespricht die neu erschienenen Vorschläge der Ökonomin Ann Pettifor zur demokratischen Regulation des Finanzsektors.

Ein Kommentar der steirischen Soziallandesrätin Doris Kampus zum Thema Armutsbekämpfung rundet das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



CHINESE WHISPERS
NEUE KUNST AUS DER SIGG COLLECTION
Porträt Uli Sigg
© Christian Scholz

AKTUELLE DEBATTE: SPÖ - WIE WEITER?

6 Fünf Punkte für eine starke SPÖ

VON JULIA HERR

10 WAS IST SOZIALDEMOKRATISCH?

VON ALEXANDER SOMEK

14 Gegenmacht aufbauen

VON DANIEL LEHNER

20 FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN – GEHT NUR MIT LINKS!

VON JOSEF FALKINGER

30 No pasarán!

VON EMILY THORNBERRY

35 Die Macht der Banken brechen

VON PHILIPP TZAFERIS

40 Mehr Neues wagen

VON DORIS KAMPUS

Fünf Punkte für eine starke SPÖ

Julia Herr macht anlässlich des überraschenden Vorsitz-Wechsels fünf zentrale Punkte fest, die eine erfolgreiche Sozialdemokratie erfüllen müsse. Eine Absage der Organisationsreform hält sie für einen schweren politischen Fehler.

Der – inzwischen doppelte – Rücktritt von Christian Kern hat viele Menschen in unserer Bewegung irritiert. Auch für mich, als Mitglied des Parteivorstands, sind die Vorgänge nur bedingt nachvollziehbar und bieten Anlass für allerlei Spekulationen. Manche sehen den Rücktritt Kerns als Bestätigung dafür, dass es eben ein Fehler sei, jemanden an die Spitze kommen zu lassen, der nicht schon jahrzehntelang Teil des Apparats gewesen ist. Andere sehen im Gegensatz dazu in Christian Kern als Opfer von Intrigen eben dieser Apparatkultur. Wiederum andere fordern ein, den Blick in die Vergangenheit zu beenden und mit der neuen Vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner nach vorne zu schauen.

Selbstverständlich geht es jetzt darum, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Und ich halte es auch für unangebracht, Christian Kern Steine nachzuwerfen. Bei allen Fehlern, die gemacht worden sind, ist eines nicht zu leugnen: Christian Kern hat die Partei nicht in einer Stärkephase übernommen und in den Abgrund geführt. Er hat sie in einem schlechten Zustand übernommen und zumindest stabilisiert. Statt unter 20% zu seinem Amtsantritt liegt die SPÖ nach wie vor knapp unter 30%. Der positive Stimmungsumschwung nach seiner Bestellung hat einen Bundespräsidenten Norbert Hofer verhindert. Nach einem guten Dutzend teilweiser desaströs verlaufener Landtags- und bundesweiter Wahlen in den letzten zehn Jahren brachten die letzten Urnengänge, wenn auch steigerbare, Stimmenzuwächse.

Kerns Charisma und Rhetorik haben der SPÖ bei den letzten Wahlgängen unzweifelhaft genutzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass er durch seine strategische und inhaltliche Sprunghaftigkeit sein Talent und Potenzial unter ihrem Wert geschlagen hat.

Doch es geht auch nicht um die in den letzten Wochen vielzitierten „Haltungsnoten“. Es geht darum, zu verstehen, was strukturell schief läuft, wenn innerhalb von zwei Jahren ein gefeierter „Heilsbringer“ in dieser Art scheitert. Und was daraus zu lernen ist, damit so etwas nicht wieder passiert.

GESCHLOSSENHEIT – ABER WIE?

Reflexartig erfolgt in diesem Zusammenhang der Ruf nach innerparteilicher Geschlossenheit. Es ist zweifellos kontraproduktiv, unmittelbar nach einer einstimmig erfolgten Personalentscheidung gleich wieder mediale Zweifel an der Richtigkeit dieser Entscheidung zu schüren. Selbstverständlich müssen wir uns jetzt v.a. darauf konzentrieren, wie wir gemeinsam mit unserer Vorsitzenden – der ersten Frau in dieser Funktion in knapp 130 Jahren Parteigeschichte! – die Sozialdemokratie wieder zum Erfolg führen können.

Doch es ist auch eine Erkenntnis der letzten Jahre, dass Geschlossenheit nicht durch Appelle oder – in früheren Jahren – durch Disziplinierung und Abschottung zu erreichen ist. Geschlossenheit nach außen erfordert offene und demokratische Diskussion nach innen. Sie braucht transparente Entscheidungsprozesse. Sie braucht klare Haltungen. Und sie erfordert eine erkennbare politische Strategie.

DIE PARTEI ÖFFNEN HEISST, SIE DEMOKRATISCHER ZU MACHEN

Der gegebene politische Rahmen verlangt der SPÖ grundlegende Veränderungen ab. Um der schwarz-blauen Elitenmacht etwas entgegenzusetzen, braucht sie das Wissen und das Engagement der Vielen. Das gilt im Übrigen auch für die neue Vorsitzende: Gerade weil sie nicht aus dem politischen

Apparat kommt – was sie vielen sympathisch macht – müsste sie auch innerparteilich darauf setzen, sich auf die Kraft und ein Mandat der „einfachen“ Mitglieder zu stützen, müsste sie danach trachten, SympathisantInnen in großer Zahl in die Partei zu bringen.

Die Verschiebung der Parteireform, das Ignorieren der im Sommer durchgeführten Mitgliederbefragung – das wäre nicht nur ein grundsätzlicher, es wäre auch ein strategischer Fehler. Statt auf die Mobilisierung und aktive Einbeziehung der Basis zu setzen, würde sie zum Statisten reduziert. Und es hat eine absolut vermeidbare Diskussion erzeugt, die genau das Gegenteil von dem erreicht hat, was das Präsidium angeblich erreichen wollte: Eine Konzentration auf die Inhalte.

Genau das braucht es aber jetzt. Wie machen wir für wen Politik? Auf diese Frage müssen wir Antworten geben: Inhaltlich, strategisch, organisatorisch. Ich möchte daher fünf Punkte skizzieren, die ich für zentral halte. Zentral dafür, dass die SPÖ erfolgreiche Oppositionsarbeit leistet. Zentral dafür, dass die neue Vorsitzende ein ausreichend starkes demokratisches Mandat hat, das Heft des Handelns zu übernehmen. Zentral dafür, dass die SPÖ Menschen begeistert und zum Mitmachen und Mitbestimmen bewegt. Und zentral dafür, der Regierung des Sozialabbaus wirksam entgegenzutreten.

1. DIREKTWAHL EINFÜHREN UND PARTEIREFORM UMSETZEN

Ein glaubwürdiges Zeichen für Erneuerung wäre die Direktwahl des Parteivorsitzes. Es muss Schluss sein mit Entscheidungen, die im stillen Kämmerchen getroffen werden. Die Mehrheit unserer europäischen Schwesterparteien machen es uns vor: Binden wir die SPÖ-Basis bei dieser wichtigen Entscheidung ein! Dadurch entsteht nicht nur die größtmögliche Legitimation für den neuen Parteivorsitz, es findet auch eine Aufwertung der SPÖ-Mitgliedschaft statt und neue Mitglieder können geworben werden.

Die ausverhandelte Parteireform soll nicht abgesagt, sondern am Parteitag Ende November beschlossen werden. Wenn eine Reform über bald sechs Jahre verhandelt wurde, kann wohl kaum davon die Rede sein, dass man „Druck rausnehmen“ müsse. Erstmals wurden alle Mitglieder zu wichtigen innerparteilichen Fragen befragt. Die Ergebnisse der Befragung und die Meinung der Mitglieder dürfen nicht übergangen werden und müssen im Statut verankert werden.

2. SOZIALE FRAGE STELLEN UND DIE PARTEI DAHINTER EINEN

Die schwarz-blaue Bundesregierung betreibt Umverteilung von unten nach oben. Von denen die weniger haben, hin zu denen die schon zu viel haben. Während die Gewinnsteuer für Unternehmen gesenkt werden soll, wird auf die Schwachen hingetreten: Verschlechterungen bei der Absicherung von Arbeitslosen, schlechtere Versicherungsleistungen im Gesundheitswesen oder generell die Vorstellung „man könne von 150 Euro im Monat“ leben. Doch genau in diesen Fragen zieht die SPÖ an einem Strang und genau in dieser Frage müssen wir unsere Kräfte bündeln. Deshalb ist es notwendig die soziale Frage zu stellen, und sich dahinter zu versammeln. Nicht bei Personaldebatten, sondern im Widerstand gegen Sozialkürzungen muss die SPÖ ihre Schlagkraft zeigen.

3. ARBEITSKAMPF: MEHR DAMPF IM KLASSENKAMPF!

Die Bundesregierung setzt einen Angriff auf die Rechte von arbeitenden Menschen nach dem anderen und setzt willentlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sozialpartnerschaft aufs Spiel. Als Sozialdemokratie muss es uns das oberste Anliegen sein, beim heißen Herbst der Gewerkschaft für noch mehr Hitze zu sorgen und uns nicht nur solidarisch, sondern kampfbereit zu zeigen. Der 12-Stunden Tag war ein Schlag ins Gesicht der breiten Bevölkerung und mit dieser Ungerechtigkeit dürfen wir uns nicht abfinden. Ganz im Gegenteil muss die Sozialdemokratie nun verstärkt für einen Mindestlohn von 1.700 Euro kämpfen und dort wo SozialdemokratInnen in der Entscheidung stehen, den Mindestlohn von 1.700 Euro auch umsetzen.


4. GRUNDWERTE LEBEN!

Als Sozialdemokratie müssen wir in den nächsten Monaten bedingungslos zu unseren Grundwerten stehen, Profil gewinnen, und klar kommunizieren. Die aktuelle Unzufriedenheit der Menschen wird von rechten Parteien gegen verschiedenste Feindbilder gelenkt: Flüchtlinge, Arbeitslose, den Staat oder das Arbeitsrecht. Diese Diskussionen zu befeuern, kostet Glaubwürdigkeit und ist inhaltlich falsch. Die SPÖ wird erfolgreich sein, wenn sie den wahren Grund der Probleme benennt: Ein Wirtschaftssystem, das tagtäglich Ungleichheit produziert. In unserer kapitalistischen Weltordnung konzentriert sich wirtschaftliche wie politische Macht in den Händen einiger weniger und der erwirtschaftete Profit kommt bei

den Menschen nicht an. Wir müssen für ein Wirtschaftssystem kämpfen, das Wohlstand fair verteilt und ein Leben in Würde und Respekt für uns alle garantiert. Die SPÖ darf nicht die Pflegeschwester am Krankenbett des Kapitalismus sein, sie muss seine Totengräberin werden.

5. VOM SYSTEM ZUR ALTERNATIVE WERDEN

Die Sozialdemokratie darf nicht länger Erhalterin des Status Quo sein, sondern muss sowohl in ihren Inhalten, als auch als Partei eine Alternative bieten. Ein erster wichtiger Schritt dazu findet sich in der Organisationsreform: Das Anhäufen von Ämtern und Mandaten von Einzelpersonen in der SPÖ soll eingeschränkt werden und Mehrfachbezüge sollen durch höhere Solidaritätsabgaben zurückgedrängt werden. Wir müssen diese Diskussion über Privilegien fortsetzen, nicht nur im öffentlichen Bereich sondern auch bei ManagerInnen und MillionärInnen. Die SPÖ war nie die Partei der Eliten oder Mächtigen, dieses Identitätsmerkmal müssen wir wieder glaubwürdig und stolz vor uns hertragen.

Wenn es uns gelingt, die Debatten der nächsten Wochen auf eine inhaltliche Ebene zu bringen, können wir als SPÖ Themen setzen und eine Alternative zu Schwarz- Blau zeichnen. Wenn es uns gelingt, die Wahl einer neuen Vorsitzenden mit einer demokratischen Öffnung zu verbinden, erleben wir einen authentischen Neustart und können Mitglieder gewinnen. Wenn es uns gelingt, alle SPÖ-Strukturen im Kampf um den Sozialstaat zu bündeln, dann wird der Herbst tatsächlich heiß, heiß, heiß! 

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich.



CHINESE WHISPERS
Shi Jinsong, Lack Pine Tree, 2011
Holz
Courtesy Sigg Collection
© Shi Jinsong

Was ist sozialdemokratisch?

Obwohl der Idee der Sozialdemokratie das Erbe des Liberalismus in die Wiege gelegt sei, gebe es markante Unterschiede, argumentiert **Alexander Somek**: V.a. das Klassenbewusstsein, das die Sozialdemokratie - wenn von Schmarotzern die Rede ist - den Blick nach oben richten lässt.

Der heutigen Sozialdemokratie wird nachgesagt, sie sei urban geworden und passe zu den Bobos besser als zu den Prolos. Ihr altes Stammpublikum – die ungehobelte Arbeiterschaft – sei längst schon die Beute der Lederhosenpopulisten geworden: Roh und roh gesehe sich gern. Unklar sei deshalb, was die Sozialdemokratie von der liberalen Mitte, in der sich die Konservativen unterschiedlicher Couleurs breit machen, noch unterscheide.

Zentrale Elemente des Liberalismus sind der Sozialdemokratie seit jeher nicht fremd. Immerhin hat das Eintreten für die Grundrechte und die parlamentarische Demokratie ihr von linker Seite schon früh den Vorwurf des „Revisio-nismus“ eingebracht. Das Erbe der bürgerlichen Revolutionen ist ihr in die Wiege gelegt worden. Sozialdemokratisch zu sein bedeutet, der repräsentativen Demokratie den Vorrang vor dem Sozialismus einzuräumen. Dies entspringt der Überzeugung, dass die Schaffung einer solidarischen Gesellschaft auf dem freien Votum der Menschen basieren muss. Alles andere hätte der Sozialdemokratie von Beginn an als „Terrorismus“ gegolten.

Die Sozialdemokratie ist auch in dem von modernen Vordenkern wie John Stuart Mill oder Leonard Hobhouse vermeinten Sinn „liberal“, als sie die freie Entfaltung der Persönlichkeit unterstützt. Der Satz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 22), wonach alle Menschen die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte genießen müssen, die ihrer Würde und gedeihlichen Entwicklung angemessen sind, ist ein durch und durch sozialdemokratischer Satz.

Für die Sozialdemokratie ist die freie Entwicklung der Menschen nicht das Resultat des brutalen Wettbewerbs. Wirt-

schaftlicher Druck verdirbt den Charakter. Er macht Menschen böseartig. Die Sozialdemokratie sieht die freie Entwicklung des einen als Bedingung für die freie Entwicklung der anderen an. Die Entfaltung des Menschen durch den Menschen kennt viele Formen. Wenn Schülerinnen ihre Schule frei wählen, werden sich die Lehrer durch motivierte Teilnehmerinnen (hoffentlich) beflügeln lassen. Wenn die Lehrer gut unterrichten, besteht die Chance, dass die Schülerinnen gern zur Schule gehen. Wenn der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens allseits geteilt wird, haben die Mitarbeiter den Eindruck, dass sie gemeinsam etwas für einander getan haben. Die Grundidee „sozialer Freiheit“ gibt es in vielen Variationen.

Das klingt nett; zu nett vielleicht für das neoliberale Ohr, und es mag daher den Verdacht wecken, es sei bloß eine Abwandlung des üblichen Soziale-Gerechtigkeit-Wischwaschis. Aber die Sozialdemokratie ist nichts für jeden und daher ihrem Wesen nach auch nichts Liebes. Sie spricht nicht zu denen, die oben stehen und auf andere blasiert herabblicken. Für die, die sich für etwas Besseres halten, hat sie nichts übrig. Deswegen sind ihr auch, wenn es um die Grundbedingungen der menschlichen Entfaltung geht, die Ungleichheiten ein Gräu- el: die Klassenmedizin, die Rentiers, die Profite aus dem Wohnungsmangel schlagen, die Immobilienhaie oder der Snobismus im Erziehungssystem. Bei der Gesundheit und der Bildung darf es keine Vorrechte geben.

Trotz des weitestgehenden Verschwindens des Industrie-proletariats erhält sich deswegen in der Sozialdemokratie etwas zutiefst Proletarisches. Die Sozialdemokratie hat viel übrig für jene, die harte Arbeit leisten, aber gar nichts für die, die sich, wie Lobbyisten oder PR-Experten (Sie kennen Sil-

berstein?), bloß auf's Schmähführen verstehen und dafür groß abkassieren. Für Topgehälter und Bonuszahlungen an Manager hat sie eigentlich kein Verständnis (stimmt doch, Genosse Kern?). Leisten denn die Wirtschaftsführer so viel mehr als die, die hinter ihnen den Dreck wegräumen? Die Sozialdemokratie ist die Partei derer, die etwas machen. Sie ist nicht die Partei derer, die bloß großspurig lenken, anschaffen und andere die Arbeit tun lassen. Wenn es um die Identifizierung von Schmarotzern geht, richtet die Sozialdemokratie automatisch den Blick nach oben.


In der Sozialdemokratie hat sich etwas Proletarisches erhalten, weil sie die Partei der Menschen ist, die sich keine Dienstboten und Putzkräfte leisten können. Sie spricht zu den Menschen, die selbst die Wohnung aufräumen, die eigene Wäsche waschen, bügeln, und unter ihren beengten Verhältnissen leiden. Sie ist die Partei derer, die keinem Netzwerk angehören und von keiner Seilschaft irgendwo hinaufgehievt werden. Ihre Parteigänger sind die Bedrängten und die Alleingelassenen. Die Sozialdemokratie ist, so gesehen, der Ausgang des Menschen aus seiner unverschuldeten Ohnmacht.

Die Sozialdemokratie ist daher eine Partei mit Klassenbewusstsein. Die soziale Klasse ist der erste Skandal der Ungleichheit. Andere Ungleichheiten, wie jene des Geschlechts oder der Rasse, werden durch diese Linse gesehen. Der „glass ceiling“ ist ein geringeres Problem als die allgemeine Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen oder die Altersarmut weiblicher Pensionistinnen.

Für die vielen Bedrängten ist die Erwerbsarbeit nicht erfüllend. Wie sollte sie es auch sein, wenn sie daraus besteht, Kisten ein- und wieder auspacken, fremde Texte abzutippen und dabei vielleicht auch noch belästigt oder gemobbt wird? Für die Bedrängten ist die Erwerbsarbeit nur insofern erfüllend, als sie Geld bringt und eine Quelle der sozialen Anerkennung ist: Hauptsache, man hat einen „Job“, denn so gehört man dazu, hat Wohnung und Essen. Aber ein Honiglecken ist die Arbeit nicht. Das Reich der Freiheit ist anderswo.

Die Sozialdemokratie weiß um das ambivalente Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Deswegen setzt sie sich dafür ein, dass diese in Zukunft nicht mehr das Leben dominiert, und erblickt in der Digitalisierung eine revolutionäre Chance.

Die zur Revolution der Arbeit erforderliche Solidarität kann nur innerhalb von begrenzten sozialen Räumen gelebt

werden. Grenzen sind die Bedingung für die faire Gestaltung solidarischer Verpflichtungen. Sie ermöglichen Gegenseitigkeit. Ohne diese Bedingung wäre das sozialdemokratische Projekt undurchführbar. In der Migrationsfrage muss sie daher bei denjenigen stehen, deren Lebensqualität und Bildungsstandard durch den Zuzug gefährdet ist. Sie leugnet nicht die Asymmetrie zwischen „Innen“ und „Außen“. Dennoch reicht ihr Horizont weiter. Die Migrationsströme sind die Folge von Wandlungsprozessen (etwa dem Klima), zu deren Bewältigung das Zusammenwirken zwischen den Ländern Europas – letztlich weltweit – unumgänglich ist. Die Sozialdemokratie versteht das und begreift sich daher als eine international wirksame Bewegung. Die Fremden dürfen ihr nicht egal sein. Sie sind Menschen wie wir. 



CHINESE WHISPERS

Wang Xingwei, My Beautiful Life, 1993–1995

Öl auf Leinwand

Courtesy Sigg Collection

© Wang Xingwei

CHINESE WHISPERS

MAK



Gegenmacht aufbauen

Opposition ist die Vorbereitung für die nächste Regierungsverantwortung. Auch, ja. Aber Opposition ist zuvorderst die Möglichkeit und Zeit, parallel zur Kritik an einer neoliberal-nationalistischen Regierung am eigenen Selbstverständnis als Partei zu arbeiten. Inhaltlich. Organisatorisch. Strategisch. Was erscheint am Weg dorthin wichtig? Einige Diskussionspunkte von **Daniel Lehner**.

Bewegte Zeiten verlangen nach einer klaren Kante und einer gesamtgesellschaftlichen Orientierung, die jetzt die notwendigen Schritte setzt um in einigen Jahren den hegemonialen Rückhalt für ein transformatives Regierungsprogramm zu haben.

UNSERE GESCHICHTEN, UNSERE GESCHICHTEN

Mit dem neuen Parteiprogramm der SPÖ gibt es ein Gerüst, das den inhaltlichen Rahmen und unser organisatorisches Verständnis als SPÖ für die nächsten Jahre strukturiert. Tausende Anmerkungen und Hinweise sind eingeflossen. Zehntausende kennen den Text, seine Themen und seinen emotionalen Rhythmus. Dieses Programm kann als wesentlichen Eckpfeiler einer oppositionellen Re-Ideologisierung dienen, zumal letztere nach Jahren sozialpartnerschaftlicher Konsensorientierung, großer Koalition und Konzentration auf Regierungsmacht notwendig erscheint. Die Abkehr von der vielzitierten Machtversessenheit läuft paradoxerweise gerade darauf hinaus, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse selbst zu verändern und machtvoll nach gesamtgesellschaftlicher Hegemonie zu streben. Ziel muss sein unsere sozialdemokratische Erzählung und Praxis – als Wissen, als Selbstverständnis, als argumentatives Archiv, als gelebte Solidarität, als normativen Horizont – zur Mehrheit zu machen.

Was wollen wir? Für wen sind wir da? Warum braucht es uns? Diese Fragen sind von AktivistInnen und FunktionärInnen zu beantworten – in einer leicht verständlichen Sprache, die sich vom autoritär-zynischen Regierungssprech klar abhebt. In einer Sprache, die empathisch eine andere Form von Politik und Zusammenleben bereits in sich trägt und mit

dem „kleinmütigen, demoskopisch gesteuerten Opportunismus kurzfristiger Machterhaltung“ bricht. In einer einfachen Sprache, die Klarheit schafft, aber gleichzeitig die Angesprochenen und Vertretenen eben nicht „normativ unterfordert“. Vorgetragen mit einem „Mut zu einem eigenen Gedanken, für den man um den Preis der Polarisierung Mehrheiten erst gewinnen muss“ (Habermas 2018).

Es geht nicht darum einer hehren Werterückbesinnung das Wort zu reden und diese gar einer Pragmatik des Alltags gegenüberzustellen. Nein. Aber das alltägliche politische Sprechen auf der Straße und im Betrieb soll begrifflich unsere Geschichte als Partei und Bewegung ausdrücken und gleichsam den Fatalismus der vorherrschenden Zukunftsvergessenheit aufbrechen: Zukunft ist offen. Wir gehen sie an. Wir verbessern die Arbeits- und Lebensverhältnisse aller Menschen. Diese Erzählung speist sich aus unseren politischen Erfahrungen, unserem Wertegerüst, den Programmen, aber vor allem aus unseren individuellen Geschichten als Mitglieder: Weil es auch genau unsere einzelnen Biografien und biografische Ereignisse sind, die neue MitstreiterInnen mitreißen können. Um unsere Geschichte als aktuelle Erzählung mehrheitsfähig zu machen braucht es strategische Begriffsarbeit – eine politische Diskurswerkstatt, die auf Basis des neuen Programms im Austausch mit SpracharbeiterInnen (WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, Intellektuellen) und unseren Mitgliedern an der gemeinsamen Erzählung weiterbastelt. Für die nächsten 20 Jahre. Und dieses auch runterbricht und mit inhaltlichen Schwerpunkten verknüpft. Dafür braucht es Schulungen, Tagungen, den weiteren Ausbau eigener Medien und eine systematische Verwendung ebendieser Begriffe, Frames und Geschichten im Sprechen und Schreiben.

Hegemonie erobern heißt, sowohl die individuellen Alltagsverständnisse als auch das, was eine mystifizierte Mitte als selbstverständlich und normal betrachtet, politisch und inhaltlich zu besetzen und zu bestimmen. Die Mitte erobern gelingt nicht, indem man via Marktforschung deren Meinung abfragt und sich dementsprechend ausrichtet (das reproduziert und verfestigt nur den herrschenden Konsens und ist methodisch reaktionär), sondern dadurch, dass man es schafft, dass unsere progressiven Konzepte in der Mitte den diskursiven Rahmen, normativen Horizont und die Leitlinien über die Jahre vorgeben. Indem unsere Vorstellungen und Wünsche schlicht den Diskurs bestimmen. Das gelingt nur als demokratische Massenpartei, die in allen sozialen Sphären aktiv ist und Konzepte vorantreibt. Es braucht Gegenmacht zur oligarchisch-korrupten Verfasstheit der Medienlandschaft. Weil: Regierungsmacht wird dereinst nicht ausreichen bzw. in sich zusammenfallen, wenn die eigenen, progressiven Vorstellungen nicht schon seit Jahren ebendiese zukünftige Regierung vorbereiten, untermauern und mobilisierend begleiten. Auch um in einer nächsten Regierungsfunktion gegenüber Medien und Koalitionspartnern Vermögenssteuern, gemeinsame Schule und Lohnarbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Fokus und Druck.

KONFLIKTE SUCHEN, GRENZEN ZIEHEN

Es reicht nicht aus ein eigenes sozialdemokratisches Narrativ verstärkt auszuarbeiten und sich darin argumentativ zu bewegen. Die eigene Erzählung muss auch verkörpert und authentisch ausgedrückt werden – von zehntausenden AktivistInnen in Stadt und Land. Was aber jedenfalls parallel zur Festigung und Weiterentwicklung eines narrativen Selbstverständnisses ausgeweitet werden muss, sind Konflikte. Demokratie und Politik lebt von Auseinandersetzungen und wie sonst, wenn nicht über harte politische Kämpfe mit der aktuellen Rechtsregierung werden Menschen politisiert. Gerade über Konflikte prallen inhaltliche Konzepte und Weltverständnisse aufeinander und werden Unterschiede offensichtlich. Dort oben der Konzernkanzler und seine rechten Recken – hier wir und alle anderen. Wir müssen Konflikte suchen, Konfrontationen aufbauen, unsere Gegner und ihre Profiteure klar benennen. Das schafft Klarheit, Zugehörigkeit und ermöglicht Grenzziehungen auf einem ökonomisch-sozialen Terrain.

Diese Politisierung emotionalisiert, organisiert Massen, schärft Profil und erreicht möglicherweise wieder jene, die in

Apathie, Resignation und Frustration mit der liberalen Demokratie und ihren Teilhabemöglichkeiten abgeschlossen haben. Über Konflikte wird erfahr- und antizipierbar, wie die Dinge anders laufen könnten. Dass demokratischere Lebens- und Arbeitsverhältnisse jetzt schon möglich wären. Während in großkoalitionärer Verstrickung oft der Konsens vorgezogen wurde, bevor überhaupt die eigene Position zum Ausdruck kam, verlangt Opposition die harte Positionierung um den gesellschaftlichen Konsens selbst zu verschieben. Über Konflikte (z.B. 60h-Woche) erfahren sich Menschen als politische Subjekte und werden zu solchen, wobei sich parallel die propagandistischen Verschleierungsnebel des politischen Gegners lichten: Diese Regierung betreibt beinhardt Klassenpolitik im Interesse der oberen 5%. Sie wollen jede Mitbestimmung arbeitender Menschen in den Sozialversicherungen kappen und die AK zerschlagen. Sozialpartnerschaft ist in Österreich suspendiert, wenn nicht sogar Geschichte.

Es mag taktisch sogar manchmal klug sein, Reminiszenzen an diese Zeit gegen die aktuelle Regierung in Stellung zu bringen. Auch macht es kommunikativ Sinn die Stärke des Landes und seiner Leute im Miteinander zu verankern – gegen die 5% und ihre Regierungssensanden. Aber bitte keine Nostalgie: Unsere politisierte Öffentlichkeit hat sich nicht nur methodisch auf politische Kämpfe einzustellen, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten nicht erlebt haben. Diese Kämpfe sind vielmehr offensiv zu organisieren um den herrschenden Block an der Macht unter Rechtfertigungsdruck zu bringen. So kann eine dringend notwendige Politisierung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse gelingen. Ökonomische Interessen bestimmen unsere Klassengesellschaft, aber es liegt an Partei und Gewerkschaft, ob und wie die Interessen der 95% artikuliert, zusammengeführt und im politischen Feld zur Geltung kommen. Es braucht eine „verbindende Klassenpolitik als Antwort auf Spaltung und Fragmentierung“ (Riexinger 2018). Das geht am besten über Konflikte.

ROHE GLAUBWÜRDIGKEIT, PROGRESSIVE AFFEKT POLITIK

Neben Geschichten und Konflikten verlangt Opposition eine progressive Affektpolitik. Welche Emotionen generieren unsere Auftritte und Veranstaltungen? Welche Emotionen werden über unsere Begriffe und Erzählungen verstärkt? Worum appellieren wir? Was sprechen wir aus, wen sprechen wir an? Zentral ist inhaltliche und persönliche Glaubwürdigkeit, die Empathie und Zuversicht ausstrahlt und auch den Geg-

nerInnen Respekt abverlangt. Wenn der ehemalige BGF Max Lercher meinte, es brauche weniger Opportunisten und mehr Idealisten, so sollten letztere weder naiv sein noch im Abstrakten sich verlieren. Vielmehr versuchen IdealistInnen im alltagspolitischen Handgemenge authentisch da zu sein. Als Person und auch für andere. Mit Stolz, ohne Arroganz, respektvoll unterwegs, Würde garantieren und Anerkennung gebend. Glaubwürdiges politisches Auftreten braucht keine Verstellung und kein ästhetisches Andienen an elitäre Zirkeln, sondern kann ruhig roh, mitunter derb und jedenfalls körperlich direkt sein. Gewinnen werden im politischen Feld nicht die besseren Argumente – so eine liberale Illusion –, sondern jene AkteurInnen, deren Sprache Hoffnung, Zuversicht und Mut verkörpert und deren Praxis ein demokratisches Begehren entfacht, das die verschiedensten Milieus und soziale Gruppen gleichermaßen mitreißt und näherbringt.

Vergegenwärtigt man sich aktuelle Regierungspolitiken, wird der Unterschied zu unseren progressiven Affekten deutlich: Diesem Regierungsprojekt geht es bewusst um Spaltung, (rassistischer) Abwertung, zynischer Selbstgefälligkeit, Respektlosigkeit, Verunsicherung und Vereinzelung. Sie lügen, stiften mediale Verwirrung, produzieren Hass, drängen Personen und soziale Gruppen an den Pranger, um den regressiven Mob nach unten treten zu lassen. Gleichzeitig stärkt ein enthemmter neoliberaler, autoritär gewendeter Kapitalismus genau jene Einstellungen (Konkurrenz, Abhängigkeit, Entrechtung), die sich gegen unsere Vorstellungen einer solidarischen Ökonomie richten. Kritik am emotionalen Duktus der Rechtsregierung ist wichtig, nur sollte die Kritik selbst über die Negation hinaus Räume und Praxen ausformen, in denen unsere progressiven Emotionen gedeihen.

Zu hippiesk? Auch Zorn organisiert. Es ist der organisierte Zorn auf die herrschenden 5%, der die rassistischen, männlichen Aggressionen – die gegen vielfältige Nachbarschaft (horizontal) und als sozialdarwinistischer Hass auf Geflüchtete, Kranke und Schwache (vertikal) mobilisiert werden – wenn schon nicht ersetzen, so doch verschieben und desartikulieren könnte. Wir müssen die Klassenwidersprüche politisieren, um die von oben befeuerte Kulturalisierung und Ethnisierung von sozialen Konflikten auszuhebeln. Das bricht natürlich mit der paternalistisch-etatistischen Vorstellung, Politik sei das staatliche Lösen von Problemen. Opposition heißt auch einen Schritt weg von einer solchen Regierungsperspektive zu machen. Wir müssen dieser Regierung und ihrem Projekt eines „rassistischen Wettbewerbsstaates“ (Lehner

2017) vor allem Probleme bereiten! Unruhe stiften und sie am Regieren hindern, indem wir überall dort Sand ins neoliberal-autoritäre Getriebe streuen, wo Kapitalmacht, Korruption und bürgerliche Kollaboration für Schmiere sorgen. Die wirklichen Lösungen, die sind ja da: Armut abschaffen, co²-Ausstieg, beste Schulen für alle, Vollbeschäftigung, Demokratisierung der Ökonomie, Angleichung der Lebenserwartung. Wir wissen, wie wir dort hinkommen. Für unsere Konzepte gibt es unter den Menschen auch Mehrheiten. Aber weder Wissen noch prinzipielle Zustimmung allein übersetzen sich in soziale Macht, geschweige denn Regierungsmacht. Hier braucht es Organisation, Aufbau, einen „linken Populismus“ (Mouffe 2018) – und einen langen Atem.

STRATEGISCHE AUFSTELLUNG, REPRÄSENTATION WAGEN

Alle von uns kennen die Figur des nostalgiegetränkten Kritikers: Die Partei müsse dies tun, der Vorstand solle endlich das machen. Als würde nicht jede Person selbst Verantwortung tragen. Als könne man alle Wünsche und Entscheidungen dem Vorsitz umhängen. Als sei nicht gerade dieses paternalistische Verständnis von Parteiorganisation ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einer demokratischen Massenpartei, die als Bewegung Partei für die 95% ergreift und als Mitgliederpartei in Bewegung bleibt. Also: Selber machen, Offenheit leben, Mitglieder stärken, Allianzen des Fortschritts eingehen, Diskussion und Organisation leben. Das Abschlusskapitel „Österreich verändern“ im neuen Programm bietet Hinweise für eine Organisationskultur, die Massen erreicht und Selbstermächtigung lebt.

Dieser Fokus auf Partizipation, Mitgliederrechte und vielfältige Präsenz ist gut und wichtig, entbindet aber die gesamte Partei nicht von der Notwendigkeit einer stringenten und durchgedachten Repräsentationspolitik. Was die Werbung als Stärkung des Markenkerns bezeichnet, wird diesem Ansinnen nur teilweise gerecht: Es braucht eine breite, auch personelle Aufstellung, die in alle Ecken einer ausdifferenzierten Gesellschaft reicht, diese über eine gemeinsame Erzählung verknüpft und so einen dynamischen Austausch zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten schafft, der Identität verleiht. Es muss klar sein wofür die spö steht. Und sie muss stehen, damit Klarheit darüber herrscht, wen sie vertritt. Für wen einsteht.

Die junge, vollzeitbeschäftigte Alleinerzieherin aus Favoriten hat ein Recht darauf, dass wir ihre sozialen Rech-

te durchstreiten. Dass wir für sie da sind. Die ArbeiterInnen Wiens – zur Hälfte ausgeschlossen von politischer Mitbestimmung – haben ein verdammtes Recht darauf, dass auch ihre Interessen repräsentiert werden. Die prekarierte Selbständige braucht eine adäquate Vertretung. Diese Repräsentation hat natürlich immer etwas Anmaßendes, sie verdichtet und vereinfacht. Aber vielleicht braucht es in einer Zeit, in der europaweit die liberale Demokratie selbst unter Beschuss steht; in einer Zeit, in der hierzulande die völkische Rechte auch als Regierung systematisch Rechtsstaatlichkeit, Institutionen und gewählte RepräsentantInnen verhöhnt; vielleicht braucht es gerade jetzt, nach der Konjunktur von „Zivilgesellschaft“ und Single-Issue-NGOs, ein offenes Partei- und Organisationsverständnis, das die Vielen und ihre Interessen verbindet und gleichzeitig eine gesellschaftliche Repräsentationslücke schließt. Eine Partei, die wieder an Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit gewinnt, daran wächst und ein Resonanzraum für gesellschaftliche Gegenmacht zu sein hat.

OFFENSIVEN AUFBAUEN, SICHERHEITEN SCHAFFEN

Die inhaltliche Agenda setzen. Das klingt so einfach, wenn täglich mediale Ablenkung und Zumutung niederprasseln, deren Zweck neben Regierungspropaganda auch das Generieren von Frustration unter uns ist. Das verlangt Antworten, natürlich. Aber über die nächsten Jahre Gegenmacht aufbauen heißt auch, den Blick von der Tagespolitik abzuwenden um die gesamte politische Konstellation in den argumentativen Griff zu bekommen. In welcher Verfassung ist unsere Gesellschaft? Welche Gruppen brauchen welche sozialen Sicherheiten? Wie kann systematisch Zuversicht mit Selbstermächtigung über Inhalte verknüpft werden? Wie kann das Miteinander den Zynismus, das Lächeln die Scham und Demokratisierung die Gewaltförmigkeit kapitalistischer Produktion ablösen?

Inhaltliche Kampagnen müssen Interessen formulieren, das eigene historische Archiv (Genossenschaften, Sozialversicherung, Republikanismus, Solidarität) aktualisieren, die Leute mitreißen, den selbstreferenziellen, medienpolitischen Zirkus provozieren und die politischen Gegner auf unsere Terrains ziehen. Weil dort haben sie weder Ahnung noch kommen sie mit ihren Spaltungen durch. Also: Wie schaffen wir ein Pflegesystem, das jeder Person das Recht auf Altern in Würde garantiert, bessere Arbeitsbedingungen etabliert und eben nicht über Märkte organisiert ist? Wir müssen un-

ser Gesundheitssystem verteidigen, öffentlichen Verkehr ausbauen, Altersarmut bekämpfen und das Prinzip sozialer Versicherung gegen Arbeitszwang und Enteignung verteidigen. Sicherheit ist sozial und der Ausbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit gibt und schafft Sicherheit, damit sich mehr Menschen angstfrei und überhaupt frei bewegen können. Bauen wir das öffentliche Bildungswesen endlich aus, überwinden wir das leistungsfeindliche, feudale Bildungssystem mit seinen horizontalen Segregationen und klassenspezifischer Reproduktion. Kooperation statt Konkurrenz auch hier. Und: Runter mit der Lohnarbeitszeit. Die einen hackeln sich ins Burn-Out, die anderen frustrieren sich in „Bullshit-Jobs“ (Graeber 2018). Wer es sich leisten kann, kürzt seine Stunden, geht in Bildungskarenz oder sucht neue Beschäftigung. Egal ob als junger Schichtarbeiter im Metallbetrieb oder als Akademikerin. Alle wollen weniger lohnarbeiten! Begrüßen wir die Roboter – wenn wir ihre Entwicklung mitbestimmen und über ihren Einsatz verfügen können. Stärken wir die Kommunen, die Grätzl und bauen wir öffentliches Eigentum auf und aus. Demokratie und Gemeineigentum brauchen sich, stärken sich gegenseitig. Demokratie heißt immer Demokratisierung. Experimentieren wir mit Varianten der Produktion. Besteuern wir den Geldadel und holen uns deren leistungsloses Einkommen. Unsere Gemeinden und Städte sollen Räume für die sozial-ökologische Transformation sein. Wer in Stadt und Gemeinde ist, der ist Teil von Stadt und Gemeinde – niemand darf trennen nach Herkunft oder Erstsprachen. Soziale Reformen sollen wieder nach Verbesserung klingen – nicht nach neoliberaler Disziplin und Privatisierung. Wir sind eine „Befreiungsbewegung“ (SPÖ 2018), die über öffentliche Infrastruktur, soziale Rechte und vielfältigen Zusammenhalt Freiheiten erweitert und Sicherheit gibt. Wir brauchen neue Steuern um die Unsicherheiten zu bekämpfen, die der Kapitalismus verbreitet und uns umhängen will. Brechen wir inhaltliche Tabus, erweitern wir den Raum des politisch Sag- und Denkbaren einmal in die progressive Richtung.

So divers die Inhalte und Kampagnen auch sein mögen, sie alle müssen die Frage nach dem WARUM beantworten und parallel kommunizieren. Viele WienerInnen wissen schlicht nicht mehr, warum (und gegen wen) so viele Gemeindebauten in der Stadt stehen. Was ist die Idee hinter einer Sozialversicherung, einem universellen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung? Sprich: In der Kampagnisierung von Forderungen muss der eigene, normative Horizont mitartikuliert werden, muss klar werden, warum etwas gemacht wird

(werden soll) und wie sich darin das Selbstverständnis als Partei wiederfindet. Greifbar für die eigenen Leute, angreifbar durch die politischen Gegner.

MIGRATIONS-FRAGE? MIGRATIONS-SEIN!

Es ist übrigens kein Widerspruch, wenn unsere Politik sowohl die 95% der Bevölkerung adressiert (die eben nicht von Vermietung, Zins und Dividenden leben, sondern ihre jeweilige Arbeitskraft verkaufen müssen) und gleichzeitig in einem egalitären Sinne alle Menschen anspricht (beste Bildung/Gesundheit/etc. für ALLE oder – negativ gewendet – „kein Kind zurücklassen“ oder „egal in welcher Familie du geboren wurdest“). Es braucht beides, die politisch-repräsentative Bearbeitung des Klassenantagonismus und den Universalismus der Forderung, welcher in die Zukunft weist. Beide formalen Ebenen setzen einen anderen Rahmen und unterlaufen damit die reaktionären Spaltungen und Abwertungen, mittels denen der herrschende Block Solidarisierungen schwächen und sein eigenes Projekt rechtfertigen will: Inländer-Ausländer, Junge-Alte, Alte Anwohner-Neue Nachbarn, Arbeitnehmer-Ge-flüchtete. Etc.

Das ist ein hegemoniales Ringen um Deutungsrahmen und dabei muss endlich die kommunikative Meta-Ebene verlassen werden: Immer wieder tönt es, man müsse die „Migrations-/Flüchtlings-/irgendwas-FRAGE“ so oder so behandeln. Es brauche Antworten und Lösungen. Leider verlassen die Aussagen ihre Ebene nie. Worüber reden wir überhaupt? Was wird überhaupt gefragt? Das ist genauso weltabgewandt und paternalistisch wie der Wille, „näher bei den Menschen sein“ oder der Wunsch, „die Sorgen der Menschen“ ernst nehmen zu wollen. Das ist abgehobener Politik-Berater-Sprech, unfähig Menschen direkt anzusprechen oder gar sie mitzureißen. Es wird nur ÜBER etwas nicht gesprochen. Was wir aber brauchen sind Aussagen, die Enthusiasmus entfachen. Kommunikation, die sagt, was ist, und nicht ängstlich auf der Meta-Ebene herumeiert: Österreich ist Einwanderungsland. Seine BewohnerInnen haben viele Herkünfte – aber eine gemeinsame Zukunft, zu deren Umsetzung eben wir antreten. Migration und Vielsprachigkeit sind Normalität. Lohnarbeit heißt Bewegung. Wir als Partei SIND eine migrantische Bewegung, immer schon gewesen. Wir organisieren jene, die als PendlerInnen, BinnenmigrantInnen oder Bildungs-/ArbeitsmigrantInnen in Bewegung sind. Wir sind die Vielen. Wir sind auf der Seite der Vielen. Dieses Selbstverständnis hat als solches direkt und authentisch vermittelt zu werden.

Und sich nicht über eine „Frage“ abstrakt, instrumentell und mitunter uninformiert abgehandelt zu werden.

BürgermeisterInnen dieses Landes: Verschenkt nicht Baugründe, „damit die Jugend dableibt“. Sondern gebt ihnen ein Verständnis von Zusammenhalt und Kommunalität mit, mit dem sie überall in der Welt offen für Neues sind. Unsere Kinder sollen in Bewegung sein, zum Lernen, Leben und Arbeiten. Sie sollen migrieren, sich Neues aufbauen und BürgerInnen Europas sein. Sperrt sie nicht ein. Vielleicht kommen sie eines Tages mit neuen Erfahrungen zurück in eure Dörfer und beleben diese. 🍷

LITERATUR:

Graeber, David (2018): Bullshit Jobs: Vom wahren Sinn der Arbeit. Klett-Cotta.

Habermas, Jürgen (2018):

Sind wir noch gute Europäer?

<https://www.zeit.de/2018/28/protektionismus-europa-grenzen-rueckzug-herausforderungen/komplettansicht>

Lehner, Daniel (2017):

Die neuen, alten Konservativen. Zukunft 2017 (4), 28-32.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Suhrkamp.

Riexinger, Bernd (2018): Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen. Hamburg.

SPÖ (2018): Entwurf für das neue Grundsatzprogramm.

<https://zukunftsprogramm.at/>

DANIEL LEHNER

ist parlamentarischer Mitarbeiter und im BSA Ottakring aktiv.



CHINESE WHISPERS
Gao Weigang, Superstition, 2012–2013
Weißer Marmor
Courtesy Sigg Collection
© Gao Weigang

Fluchtursachen bekämpfen – geht nur mit links!

Seit 2015 hat sich rund um das Thema Migration die politische Diskussion in Europa massiv nach rechts verschoben. Dabei erzeugt gerade neoliberale und rechtsautoritäre Politik ständig neue Fluchtursachen. In Wirklichkeit kann nur linke Politik in dieser Frage eine nachhaltige Perspektive anbieten. Sie ist aber an das Thema bisher von falschen Seiten herangetreten, meint **Josef Falkinger**.

Während die Asylanträge in Österreich und der Europäischen Union aktuell sinken¹, waren weltweit betrachtet Ende 2017 mit 68,5 Millionen Menschen Asylanträgen mehr Menschen auf der Flucht als in irgendeinem Jahr seit 1945. (UNHCR, 2018) 40,3 Millionen davon sind Binnenvertriebene. Die Zahl der Menschen, die 2017 in andere Länder flüchteten, ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Millionen gestiegen². Das ist der höchste Anstieg in der Geschichte des UNHCR (seit 1951). Leider sind die Ursachen dieser Migrationsbewegungen kaum im Fokus einer Diskussion, die sich hauptsächlich darum dreht, wie Europa am besten abgeriegelt werden kann.

ZWEI VISIONEN

In Österreich und vielen anderen europäischen Ländern dominieren Rechtspopulisten die öffentliche Debatte mit ihrer Vision der Festung Europa. Der Sozialdemokratie ist es hingegen bis heute nicht gelungen, beim Thema Migration wirklich Tritt zu fassen.

Dies liegt meines Erachtens daran, dass wir es bislang nicht geschafft haben, die entscheidende Frage ins Zentrum zu stellen: die Frage der Fluchtursachen. Wir haben es verabsäumt aufzuzeigen, wie neoliberale Interessenspolitik für eine kleine Gruppe von Konzernen ständig neue Migration hervorbringt und wie Militärinterventionen der Großmächte ganze Regionen destabilisieren³. Wir haben nicht dargelegt, wie gerade rechtspopulistische und rechtsautoritäre Parteien im Zusammenhang mit einer neoliberalen Klientelpolitik an der permanenten Erzeugung neuer Fluchtursachen mitwirken.

Die Vision von der Festung Europa gleicht im Kern einer umzäunten Oase aus dem düsteren Film Mad Max. Bis auf die Zähne bewaffnete Söldner verteidigen das Wasser der Oase inmitten einer nahezu unbewohnbaren Wüste. Diese Oase in Mad Max ist nicht zufällig eine Diktatur. Denn es ist eine Illusion zu denken, dass die Brutalisierung an der Außengrenze keine Auswirkungen nach innen haben wird. Gerade die europäische Kultur, die angeblich verteidigt werden soll, zu deren besten Traditionen der Humanismus, die Demokratie, der Rechtsstaat aber auch der Sozialstaat gehören, steht auf dem Spiel.

Bis dato ist es noch nicht gelungen, dieser düsteren rechtspopulistischen Mad-Max-Dystopie eine ausgearbeitete sozialdemokratische Alternative der Fluchtursachenbekämpfung gegenüberzustellen: Die Vision von einer solidarischen Partnerschaft mit den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens für die Freiheit, den Frieden und den Wohlstand aller Beteiligten. Rund um diese Vision gilt es meines Erachtens, die sozialdemokratische Migrationspolitik aufzubauen.

EIN NEUER ZUGANG

Im Folgenden wird versucht, genau so eine neue sozialdemokratische Herangehensweise an das Thema Migration zu umreißen. Im ersten Teil werden die Fluchtursachen behandelt: Krieg, Vertreibung, Hunger und das Scheitern neoliberaler Entwicklungspolitik. Der zweite Teil geht der Frage nach, wie die Fluchtursachen bekämpft werden können und wie eine neue Form solidarischer Wirtschaftspartnerschaft aussehen könnte. Teil drei diskutiert schlussendlich die Elemente einer sozialdemokratischen Migrationspolitik.⁴

Zuvor noch eine Bemerkung zur Rolle der Migrationspolitik im größeren Zusammenhang sozialdemokratischer Politik: Das Hauptfeld der Sozialdemokratie kann meines Erachtens klar nur die soziale Frage sein. Wir stehen aktuell in Österreich vor einem drohendem Pflegenotstand, einem Kahlschlag am öffentlichen Gesundheitssystem, Armutsgefährdung durch steigende Mieten, der Abschaffung der Notstandshilfe und erleben nicht zuletzt eine massiv zunehmende Belastung der seelischen Gesundheit durch ständig steigenden Arbeitsdruck. Nichts kann für die Interessen arbeitender Menschen in Österreich aktuell dringlicher sein, als die Verteidigung des Sozialstaats vor den Angriffen der schwarzblauen Regierung.

Gleichzeitig erwarten viele Menschen zum Thema Migration politische Antworten.⁵ Es liegt auf der Hand, dass die Sozialdemokratie auch in dieser Frage eine klare Linie braucht – eine Position, die einerseits nachvollziehbar und vermittelbar ist, und andererseits mit unseren Werten im Einklang steht. Und wir können das. Denn das Thema der Migration ist elementar mit der sozialen Frage verwoben. Wenn wir die Frage der Fluchtursachen aufwerfen, dann bedeutet das nichts anderes, als die soziale Frage im globalen Maßstab aufzuwerfen.

Den Gründern der Sozialdemokratie August Bebel, Viktor Adler und Jean Jaurès war zutiefst bewusst, dass die arbeitenden Menschen aller Kontinente gegenüber der maßlosen Profitgier einiger Weniger die gleichen Interessen haben. Um wie viel mehr gilt das heute, wo die kapitalistische Globalisierung jeden Zipfel der Erde durchdrungen hat? Ob es sich um die CO₂-Emissionen und den Klimawandel handelt, um Millionen Kleinbauern, denen durch subventionierte Agrarexporte die Existenzgrundlage geraubt wird, um Kriege, die um Ölfelder geführt werden, oder um die Zukunft des Sozialstaats in Europa: Es ist die kurzfristige Jagd nach dem maximalen Profit, die unsere Zukunft bedroht und dem guten Leben im Wege steht. Internationale Solidarität bedeutet dabei nicht, dass die „starken“ Europäer den „Schwachen“ im globalen Süden Almosen geben. Solidarität bedeutet, gemeinsam hier wie dort dafür zu ringen, den Vielen die Kontrolle über die wirtschaftliche und politische Entwicklung zurückzugeben.

Als Sozialdemokratie besteht unsere Aufgabe in erster Linie darin, für die arbeitenden Menschen in Österreich ein neues Kapitel der Hoffnung und des guten Lebens aufzuschlagen. Es ist aber im 21. Jahrhundert eine Illusion, in Österreich

oder auch in Europa Sozialstaat und Demokratie, ja ein gutes, angstfreies Leben zu sichern, während große Teile der Welt in Krieg und Verelendung versinken. Wir können in Europa nur dann ein neues Kapitel der Hoffnung aufschlagen, wenn wir eben dieses Kapitel gemeinsam mit Afrika und dem Nahen Osten aufschlagen.⁶

1. FLUCHTURSACHEN

1.1. KRIEG UND BÜRGERKRIEG

Die meisten Flüchtlinge flüchten vor Kriegen oder Bürgerkriegen. Im Jahr 2016 kamen in Deutschland 67,7% der neu hinzugekommenen Asylwerberinnen und Asylwerber aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak.⁷ In allen drei Ländern sind die blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen nicht zuletzt eine Folge der Einmischung von Großmächten der Nordhalbkugel.

Gab es in Afghanistan und im Irak direkte Militärinterventionen der USA, so kam es in Syrien zu einer militärischen Aufrüstung der Opposition durch die USA, ohne die der folgende Bürgerkrieg in der Form nicht stattfinden hätte können. Die Unterstützung Assads durch Russland führte zu einer weiteren Eskalation des Konflikts. In Libyen wurde die militärische Intervention von Frankreich und England angeführt, mittlerweile mischt auch Russland mit: Die Folgen der militärischen Eingriffe: blutige Bürgerkriege, Auflösung staatlicher Strukturen, Vertreibungen, Millionen Menschen auf der Flucht.

Nicht nur die direkte Einmischung, auch Waffenlieferungen seitens der Großmächte befeuern Konflikte: Deutschland, die USA, aber auch Russland liefern beispielsweise Waffen in die Türkei und nach Saudi-Arabien, während beide Länder in Kriege verwickelt sind (Kurdenregion, Jemen), Kriege, die wiederum neue Fluchtbewegungen hervorrufen werden.

Aber auch in den afrikanischen Krisenherden Südsudan, Kongo und Nigeria spielen die Weltmächte eine zentrale Rolle. 75% der sudanesischen Ölreserven liegen im Süden, der 2013 mit US-amerikanischer Hilfe unabhängig wurde.⁸ Doch der Kampf um den Ressourcenreichtum wird im Südsudan mit westlicher, vom Sudan aus mit russischer und chinesischer Unterstützung geführt. In der Demokratischen Republik Kongo kontrollieren 40 bis 50 unterschiedliche bewaffnete Gruppen einen Großteil der 900 Minen, in denen Kobalt, Zinn, Gold, Wolfram, Coltan oder Tantal gefördert werden.

Vom Abbau der Metalle profitieren Warlords, internationale Rohstoffmultis und kongolesische Eliten. Schlussendlich landen die Materialien in unseren Mobilfunkgeräten.⁹ Dieses Zusammenspiel bestechlicher Beamter, lokaler Söldnerführer und Rohstoff-Multis ist meist die wirkliche Ursache so genannter ethnisch motivierter Konflikte. So auch in Nigeria, wo die Einnahmen des gigantischen Ölgeschäfts nicht im Land selbst ankommen und der Erfolg der islamistischen Boko Haram, die 2,6 Mio. Menschen in die Flucht getrieben haben, nur vor dem Hintergrund der enormen Arbeits- und Perspektivenlosigkeit junger Menschen begreifbar ist.¹⁰

1.2. ÖKONOMISCHE ABHÄNGIGKEIT

In Afrika macht Rohstoffreichtum die Bevölkerung arm. Länder mit großen Rohstoffvorkommen sind häufiger von gewalttätigen Konflikten betroffen und haben schwächere Institutionen als der Durchschnitt.¹¹ Das ist kein Zufall. Während von der Entwicklung eines Binnenmarktes mit eigenem verarbeitendem Gewerbe und kleinbäuerlichen Strukturen ein ganzes Land umfassend profitiert und dadurch starke Institutionen aufbauen kann, sind beim Rohstoffexport vor allem ausländische Großkonzerne die Nutznießer. Multinationale Konzerne ziehen allein durch Steuertricks mehr Geldmittel aus Afrika ab, als durch Entwicklungshilfe den Kontinent erreicht.¹² Sie investieren auch ihre Erträge nicht in der Region, sondern veranlagen sie auf den Finanzmärkten der Nordhalbkugel. Die Abhängigkeit von Rohstoffen und die Dominanz ausländischer Konzerne sind dabei nicht naturgegeben, sondern eine Folge der Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Seit den 1980er-Jahren werden überschuldete Staaten gezwungen, ihre Märkte für ausländische Investitionen zu öffnen, Zölle zu senken und öffentliche Betriebe zu privatisieren.

Der verordnete Freihandel führte zu einer Deindustrialisierung des ohnehin industriell schwachen Kontinents. Beispielsweise hatten viele afrikanische Länder bis in die 80er-Jahre noch eine eigene Textilindustrie. Doch mangels Schutzzöllen wurden die Betriebe von der asiatischen Konkurrenz überrollt. Obwohl afrikanische Bauern 10% der weltweiten Baumwolle produzieren¹³, muss Afrika T-Shirts teuer importieren, während der Preis der Baumwolle auf Grund der weltweiten Überproduktion im Keller liegt.¹⁴

Obwohl zahlreiche Fachleute aus Afrika die negativen Folgen der Freihandelspolitik ökonomischer Liberalisierung

aufzeigen, verhandelt die Europäische Kommission noch immer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nach dem Muster der 1980er. Dabei ist die Teilnahme nicht immer freiwillig. Als sich Kenia 2013 weigerte zu unterschreiben, stellte die EU dem Land ein Ultimatum bis Oktober 2014 und drohte mit der Wiedereinführung von Zöllen auf kenianische Produkte.¹⁵ Nach einigen Wochen knickte die Regierung in Nairobi ein und überzeugte auch andere Nachbarländer nachzugeben.¹⁶ Der Regierungschef von Tansania John Magufuli leistet nach wie vor Widerstand und spricht von einer neuen Form von Kolonialismus.¹⁷ Am ganzen Kontinent wehren sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen gegen die Freihandelsabkommen mit der EU.

1.3. AGRARSUBVENTIONEN UND LAND GRABBING

Dass Afrikas Industrie ohne Zölle nicht wettbewerbsfähig ist, liegt auf der Hand. Aber afrikanische Waren ziehen oft auch dann den Kürzeren, wenn sie bessere Qualität haben und billiger in der Produktion sind. Verantwortlich ist die massive Subventionierung der Agrarproduktion in den USA und in Europa.

Eine Studie der Hilfsorganisation Oxfam hat errechnet, dass US-Farmer für Baumwolle einen Betrag an jährlichen Subventionen bekommen, der das Volkseinkommen von ganz Burkina Faso übersteigt.¹⁸ Ohne Subventionen könnten die Bauern in Tschad, in Mali, in Burkina Faso die Baumwolle um 25% teurer verkaufen. Oft ist das genau der Betrag, der den Bauern fehlt, um ihre Kinder auf die Schule zu schicken, ausreichend Essen zu kaufen oder die Arztkosten zu bezahlen.

Es geht aber nicht nur um Baumwolle. In vielen afrikanischen Ländern finden sich im Supermarktregal Hühnchen und Milchprodukte aus europäischer Produktion, während afrikanischen Geflügel-Bauern keine Abnehmer für ihre Produkte finden. In Ghana hat die Einfuhr von Billig-Tomaten aus der EU die heimischen Tomatenbauern regelrecht in den Ruin getrieben.¹⁹ Laut dem Gewerkschaftsbund von Ghana sind viele von ihnen nach Italien ausgewandert, um dort als Erntehelfer zu arbeiten.²⁰

In Burkina Faso bedroht das hochsubventionierte Milchpulver aus der EU die bäuerlichen Kleinmolkereien. Je mehr ein Land von Nahrungsmitteln abhängig ist, desto mehr wird es den Schwankungen der Weltmarktpreise ausgesetzt. Fehlen kleinbäuerliche Strukturen, die den Binnenmarkt versor-

gen, kann ein Anstieg der Weltmarktpreise eine Lebensmittelknappheit verursachen – so passiert 2008 in Burkina Faso.²¹

Hinzu kommt ein regelrechter Sturm internationaler Investoren auf fruchtbares Land. Dabei suchen Geschäftsleute gezielt nach Ländern mit schwach verankerten Landrechten und einem stark ausgeprägten Schutz von Investoren, um dort die besten Böden zu erwerben. Auch deutsche Investoren wie die Neumann-Gruppe oder ein Fonds der Deutschen Bank sind an diesem Phänomen beteiligt, das seit den 2000er-Jahren unter dem Titel *Land Grabbing* Schlagzeilen macht.²²

Eine großangelegte Studie hat 2012 ergeben, dass durch die Investitionen ausländischer Konzerne in afrikanisches Land kaum Jobs geschaffen wurden, zumeist bereits kultiviertes Land akquiriert wird, der Wasserverbrauch massiv steigt und vor allem für den Export produziert wird – zu Lasten der Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Wasser und Lebensmitteln.²³

Das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt der Missstände, die seitens der Sozialdemokratie anzuprangern sind. Missstände, die Menschen unnötigerweise zwingen, ihre Heimat zu verlassen und die von der österreichischen Regierung in Verein mit den Wirtschaftseliten mitverursacht werden.

2. FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

2.1. DAS VERSAGEN DER POLITIK

In Österreich und Deutschland gilt 2015 als das Jahr der Flüchtlingskrise. Tatsächlich passierten die Flüchtlingskrisen Jahre davor: in Syrien, im Irak, in Afghanistan, in den verschiedensten Teilen Afrikas. Dass österreichische und deutsche Politiker – Sebastian Kurz war damals Außenminister – erst 2015 eine Herausforderung kommen sahen, ist Ausdruck einer ungeheuerlichen Kurzsichtigkeit. Der krassste Ausdruck dieser Kurzsichtigkeit ist die Unterfinanzierung der Flüchtlingslager in und um Syrien im Jahr 2014. Das UN-Welternährungsprogramm musste im Oktober 2014 die Nahrungsmittelrationen auf die Hälfte des Notwendigen kürzen.²⁴ Obwohl NGOs bereits seit März 2014 vor genau dieser Situation warnten, wurde die Finanzierung durch die Geberländer nicht aufgestockt.²⁵ Und erst jetzt machten sich die ersten größeren Gruppen syrischer Flüchtlinge auf den Weg nach Europa über die sogenannte Balkanroute. Rechtspopulisten werfen vor allem der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Flüchtlinge nach Deutschland eingela-

den zu haben. Aber als Merkel im September 2015 die Worte „Wir schaffen das“ sprach und ankündigte, syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, war die Migrationswelle längst voll angelaufen.²⁶

Mittlerweile ist es auch unter neoliberalen und rechtsautoritären Politikern en vogue geworden, zwischen den Ausführungen über das Sperren diverser Routen, die Bekämpfung von Fluchtursachen zu thematisieren. Problematisch ist dabei nicht nur, dass sich die Debatte auf sogenannte Hilfe vor Ort beschränkt und die strukturelle ökonomische Mitwirkung des globalen Nordens an der Misere ausklammert. Problematisch ist nicht nur die Unzulänglichkeit der veranschlagten Mittel. Problematisch ist auch, was unter Entwicklungshilfe verstanden wird. Da unhinterfragt vorausgesetzt wird, dass die ökonomische Aktivität von Agrar- und Rohstoffkonzernen zu einer positiven ökonomischen Entwicklung Afrikas beiträgt, bedeutet Entwicklungshilfe oft nichts anderes als die Außenwirtschaftsförderung.

Caroline Nokel und Valentin Thurn zeigen in einem aufwendig recherchierten Dokumentarfilm mit dem Namen „Konzerne als Retter? – Das Geschäft mit der Entwicklungshilfe“ wie Millionen von staatlichen Geldern am Ende in den Taschen von europäischen oder amerikanischen Konzernen landen: So werden Saatgutmonopole wie Monsanto, Bayer und BASF, die afrikanische Bauern von ihrem gentechnisch manipulierten Saatgut und den dazugehörigen Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln abhängig machen, von der deutschen Bundesregierung im Rahmen der German Food Partnership und der Neuen Allianz für Ernährungssicherheit gefördert.²⁷ In Österreich fällt unter Entwicklungsförderung beispielsweise die Förderung von Lebensmittelkonzernen wie Agrana (Raiffeisen), Lavazza oder Aldi.²⁸ Unter dem Außenminister Sebastian Kurz wurde der entwicklungspolitische Beirat, dem auch NGOs und Gewerkschaften angehörten, abgeschafft und durch ein Beratungsforum ersetzt, in dem die Industriellenvereinigung, die OMV und die Erste Bank sitzen.

Aber wie sinnvoll ist es, über Entwicklungshilfe zu sprechen, wenn gleichzeitig Mechanismen unhinterfragt bleiben, die Afrika strukturell in Armut halten?

2.2. DIE AUFGABE DER SOZIALDEMOKRATIE

Genau hier muss die Sozialdemokratie ansetzen. Es geht darum aufzuzeigen, wie militärische Interventionen, die Akti-

vität von Agrar- und Rohstoffkonzernen und asymmetrische Handelsbeziehungen lediglich im Interesse einer ganz kleinen Minderheit liegen; wie diese Politik weltweit Instabilität verursacht, deren Folgen schlussendlich auch auf uns Europäerinnen und Europäer zurückfallen.

Im Sinne einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, gegen militärische Interventionen wie im Falle des Irakkrieges und des Libyenkrieges aufzutreten.²⁹ Es gilt gegen Waffengeschäfte mit Konfliktparteien ganz klar Stellung zu beziehen und die Verwicklung von Rohstoff-Multis in militärische Interventionen, Bürgerkriege und angeblich ethnisch verursachte Konflikte aufzuzeigen. Schließen wir an die große Tradition der aktiven Neutralitätspolitik Bruno Kreiskys an, indem wir eine vermittelnde Rolle in Konflikten einnehmen – machen wir Österreich zur Friedensrepublik!

Grundbedingung eines nachhaltigen Friedens ist eine tragfähige Ökonomie. Setzen wir uns ein für ein Ende subventionierter Agrarexporte, für ein Ende der aggressiven Freihandelspolitik und für eine Beteiligung der Menschen Afrikas und des Nahen Ostens am Rohstoffreichtum. Nur so bekommen die Herkunftsländer den finanziellen Spielraum, um in ihre Zukunft zu investieren: in Bildung, Ernährungssouveränität, Infrastruktur und eine eigenständige und nachhaltige industrielle Entwicklung.

Auch als Oppositionspartei ist es möglich, solidarische Kooperationen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gewerkschaften, Kleinbauernverbänden und Frauenorganisationen aus den jeweiligen Ländern zu etablieren.

Aktuell wird viel über das Schlepperwesen in Mali, Niger und anderen Subsaharastaaten diskutiert. Während die rechtsautoritäre Politik mit diesen Ländern vor allem einen Ausbau der Sicherheitsapparate diskutiert, läge es an uns eine Diskussion über die ökonomischen Probleme Westafrikas in Gang zu setzen. Initiieren wir einen Gedankenaustausch zwischen progressiven Abgeordneten, Nichtregierungsorganisationen, Kleinbauernverbänden und Gewerkschaften aus Europa und den Saharastaaten. Es würde sich anbieten, mit dem Dachverband westafrikanischer Bauernverbände ROPPA³⁰ in Kontakt zu treten oder mit der Afrika Cotton Producers Assoziation (APROCA). Entgegen europäischer Vorurteile gibt es in vielen westafrikanischen Staaten auch eine recht rührige Gewerkschaftsbewegung, die nicht selten ein beeindruckendes Engage-

ment gegen korrupte Regimes, für demokratische Institutionen aber auch gegen Strukturanpassungsprogramme des IWF an den Tag legt.³¹

In Bezug auf den Nahen Osten wäre es wichtig, den Kontakt mit den Irakischen Gewerkschaftsföderationen IFTU, der Federation of Oil Unions und der Federation of Workers Councils and Unions zu intensivieren um die Bedingungen einer sicheren Heimkehr der Geflüchteten zu diskutieren.

Machen wir uns stark für eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe mit den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens. Dabei geht es nicht um Hilfsprogramme. Partnerschaft auf Augenhöhe bedeutet., dass sowohl 95% der Menschen in Afrika und im Nahen Osten als auch 95% der Menschen in Europa ihre Lebensqualität verbessern, weil die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum gestellt werden und nicht der Profit einiger weniger. Eine solche Politik macht es erforderlich, den Rohstoffreichtum der Entwicklungsländer zur wirtschaftlichen Entwicklung nutzbar zu machen. Grundbedingung dafür ist die Überführung der Rohstoffindustrien in staatliches Eigentum, der massive Ausbau öffentlicher Infrastruktur, die Stärkung der lokalen Wirtschaft durch Mikrokredite und ein echter Marshall-Plan für Afrika und den Nahen Osten. Die wirtschaftspolitische Konzeption dieser Strategie sprengt den Rahmen dieses Beitrags und erscheint daher als eigener Beitrag in ZUKUNFT 10/2018.

3. GRUNDZÜGE LINKER MIGRATIONSPOLITIK

Aktuell dreht sich die Diskussion in der Migrationsfrage vor allen Dingen um die Frage des Grenzregimes und die Frage der Aufnahmebedingungen in Europa. Auf der einen Seite stehen die rechtspopulistischen Anhänger einer Militarisierung der EU-Außengrenze, die sogar Seenotrettung in Frage stellen und bereit sind, Menschen in eine humanitäre Hölle wie Libyen zu schicken. Am anderen Ende der Diskussion finden sich Strömungen, die sich gegen jede Form von Aufnahmekriterien oder sogar gegen Grenzkontrollen aussprechen. Dazwischen gibt es eine ganze Bandbreite von konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Positionen. Meines Erachtens diskutieren dabei alle Beteiligten am Kern der Sache vorbei. Der Kern der Sache ist nämlich die Frage, warum weltweit so viele Menschen wie nie zu vor auf der Flucht sind.

Dieses am Kern-der-Sache-Vorbeidiskutieren ist sehr nützlich für rechtsautoritäre und rechtspopulistische Strö-

mungen. Sie können dadurch die Rolle rechter und neoliberaler Politik in der Verursachung von Migration verschleiern. Sie können unhinterfragt ihre Erzählung verbreiten, dass die Menschen nicht aus Verzweiflung und Verfolgung zu uns kommen, sondern weil sie an unserem hart erarbeiteten Reichtum und unserem Sozialstaat teilhaben wollen. Und sie können die Perspektive der Abschottung als einzig mögliches Mittel präsentieren, Migration zu vermindern.

3.1. EIN UNGÜNSTIGES TERRAIN

Während das Vorbeidiskutieren an den Fluchtursachen die Rechte stärkt, schadet es der Sozialdemokratie. Die Angstmasche der Rechten und ihre Forderungen nach zunehmend inhumanen und nicht menschenrechtskonformen Maßnahmen drängen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Liberale und Linke in eine Rolle, in der sie primär als Verteidiger der Migrantinnen und Migranten auftreten müssen. In dieser Rolle werden sie – unter tatkräftiger Mitwirkung des Boulevards – oft so wahrgenommen, als wären sie unreflektierte Befürworter von Migration, die Migration einseitig als Chance begreifen und Schwierigkeiten kleinreden.

In der Verteidigung gegen die rechtspopulistische Offensive verweisen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Linke und Liberale zu Recht auf bestehende Normen: auf geltendes Recht, Menschenrechte und Werte wie Nächstenliebe. Auch in dieser Diskussion werden die progressiven Kräfte von den Rechtspopulisten in eine unvorteilhafte Rolle gedrängt. Während letztere als Beschützer von Lebensqualität und Verteidiger der ökonomischen Interessen der Österreicherinnen und Österreicher gegen eine Bedrohung von außen auftreten, werden erstere – wiederum unter der Mitwirkung des Boulevards – nicht selten so wahrgenommen, als wären ihnen die Interessen der Flüchtenden wichtiger als die Interessen der österreichischen Bevölkerung. Dieses Bild entspricht aber nicht der Wahrheit und es wurde bewusst von Boulevardmedien und rechtspopulistischen Politikern erzeugt. Die entscheidende Frage ist aber, warum wir gegenüber dem Boulevard in dieser Frage so verwundbar sind und wie Gegenstrategien aussehen können.

3.2. VON DER DEFENSIVE...

Weil die oben beschriebene Versuche, den rechtspopulistischen Angriffen zu entgegnen, ihre Wirkung verfehlten, beziehungsweise immer weniger anschlussfähig waren, gingen Teile der Sozialdemokratie dazu über, rechtsautoritäre Vorschläge

zu übernehmen. Auch diese Reaktion spielt den Rechten in die Hände. Wenn die SPÖ das Ziel aufstellt, es solle nur noch außerhalb von Europa um Asyl angesucht werden können, dann kann Sebastian Kurz triumphal verkünden: Sogar meine schärfsten Gegner müssen mittlerweile eingestehen, dass ich recht habe.

Neben der Strategie der Beschwichtigung, der Strategie der Haltung und der Strategie des Einschwenkens auf rechtsautoritäre Argumentationslinien besteht die vierte Strategie von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darin, gar nicht über Migration zu sprechen, sondern lediglich die soziale Frage zu thematisieren. Zweifellos kann die Linke die Vorherrschaft nur zurückgewinnen, wenn sie die soziale Frage ins Zentrum stellt. Über Migration gar nicht zu sprechen, geht aber in der Praxis nicht. Wer außerhalb eines linken, linksliberalen oder liberalen Elfenbeinturmes das politische Gespräch mit Menschen sucht, weiß das. Da laut Eurobarometer noch immer 38% der Menschen Migration als die größte politische Herausforderung sehen, werden wir auf dieses Thema angesprochen und müssen einen Standpunkt vertreten können, wenn wir nicht so erscheinen wollen, als würden wir uns vor einer Diskussion drücken.

3.4. IN DIE OFFENSIVE

Dabei kann die Sozialdemokratie eine Diskussion über Fluchtursachen und deren Bekämpfung durchaus mit linken Argumenten gewinnen. In einer solchen Diskussion könnte sie ihre defensiven Positionen verlassen, zur Offensive übergehen und darlegen, wie gerade rechte neoliberale Wirtschaftspolitik und militärische Einmischung permanent Fluchtursachen generieren. Sie könnte Migration ebenfalls problematisieren, aber aus dem Blickwinkel der Geflüchteten und in einer gänzlich anderen Rahmenerzählung: Menschen flüchten nicht freiwillig, Migration verursacht gerade den Flüchtlingen unermessliches Leid. Auf Grund neoliberaler Wirtschaftspolitik und militärischer Einmischung waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute.

Ja, Migration ist auch mit Problemen verbunden. Aber wir wollen nicht die Flüchtlinge bekämpfen, sondern die Fluchtursachen und zwar solidarisch gemeinsam mit den Menschen in Afrika und dem Nahen Osten. Durch diese Politik werden am Ende weniger Menschen zur Migration gezwungen sein. Rechtsautoritäre und rechtspopulistische Politik kann eben das nicht leisten, weil sie aufs engste mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und einer Politik der militärischen Einmischung

verwoben ist. Daher provoziert gerade rechte Politik unkontrollierte Migration, während sozialdemokratische Politik eben die Gründe für die Migration an der Wurzel beseitigt.

Wenn die Sozialdemokratie in der Frage der Migrationspolitik nicht den Schwerpunkt auf die Fluchtursachen verlegt, dann wird sie nicht aus der Defensive herauskommen. Stehen wir aber einmal fest auf dem Boden einer neuen Erzählung über die Fluchtursachen, können wir von diesem festen Standort gestärkt in die Diskussionen über Grenzen, über die Behandlung der Fluchtwege und über das Asylrecht zurückgehen. Äußern wir unsere Standpunkte im Rahmen unserer Haupterzählung über Fluchtursachen, lassen sie sich nicht mehr so einfach in das Eck der Beschönigung und einer naiven Moral drängen. Können wir eine linke Perspektive für eine nachhaltige Eindämmung der Migration liefern, dann wird unsere Kritik an der Verletzung der Menschenrechte stärker, da wir jetzt zeigen können, dass diese Verletzung der Menschenrechte kein notwendiges Übel ist, wie es die politische Rechte darstellt, sondern unnötige Grausamkeit.

3.5. HALTUNG BEWAHREN

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir auf dem Standpunkt der UN-Charta der Menschenrechte aus dem Jahr 1948. Daraus ergibt sich, dass wir dafür eintreten, dass verfolgte Menschen Asyl zu gewähren ist. (Artikel 14) Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden (Artikel 9). Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden und hat Anspruch auf eine faire Verhandlung (Artikel 6, und 8).

Daraus ergibt sich, dass Menschen in Österreich um Asyl ansuchen können müssen, auch dann, wenn sie bereits in Österreich sind und sie müssen einen fairen Prozess bekommen. Verfolgte haben Anspruch auf Asyl. Menschen, die in ihrer Heimat unmittelbar von Tod, Hunger, Gefängnis oder Folter bedroht sind ist, subsidiärer Schutz zu gewähren.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten auch dafür ein, Menschen, die vom Ertrinken bedroht sind, zu retten. Wir treten dafür ein, dass gerettete Flüchtlinge in Länder gebracht werden müssen, wo sie vor Folter und Sklaverei sicher sind. Daher verurteilen wir auch den Kampf der Rechten gegen private Seenotrettung oder die Auslagerung der Seenotrettung auf die libysche Küstenwache. Seenotrettung muss Aufgabe der Marine europäischer Länder bleiben.

Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, dass die Europäische

Union auch Möglichkeiten außerhalb Europas schafft, um Asyl anzuschauen (Botschafts asyl, sichere und ausreichend versorgte Flüchtlingslager, etc.).

3.6. POSITION BEZIEHEN

Wir beziehen damit Position gegen ein rechtsautoritäres Abschwenken mancher sozialdemokratischer Strömungen, die etwa die Möglichkeit, in Europa um Asyl anzuschauen, in Frage stellen.

Wir stellen uns aber auch gegen die Position offener Grenzen. Die Forderung nach voller Bewegungsfreiheit würde die Sozialdemokratie oder auch die Linke nachhaltig politisch marginalisieren und von jeder Möglichkeit der Veränderung der Gesellschaft ausschließen.³² Das bedeutet aber, dass wir im Sinne UN-Charta, so wie es auch das neue letzte Wahlprogramm der britischen Labour Party festhält, zwischen Flucht und Migration unterscheiden müssen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sich dafür einsetzen, dass faire Asylverfahren inklusive Berufungsmöglichkeit beschleunigt werden. Das erfordert selbstverständlich einen massiven Ausbau der Ressourcen der Justiz. Migrantinnen und Migranten, die Recht auf Asyl bekommen, sind schnellst möglich und ohne Schikanen in unsere Gemeinschaft aufzunehmen. Migrantinnen und Migranten, die kein Asyl bekommen sind unter Wahrung der Menschenwürde und ohne Ressentiments in ihr Herkunftsland zurückzubringen. Zu diesem Zweck sind aber Rückführungsabkommen nötig.

3.7. RÜCKFÜHRUNG BRAUCHT PARTNERSCHAFT

Rechtspopulistische und rechtsautoritäre Politik hat bisher darin versagt Rückführungsabkommen zu verhandeln. Die Ursache liegt daran, dass diese Politik nicht in der Lage ist, Herkunftsländer partnerschaftlich zu behandeln.³³

Meines Erachtens liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, Rückführungsabkommen mit Wirtschaftspartnerschaftsabkommen im Sinne der oben beschriebenen Fluchtursachenbekämpfung zu verbinden. Der Idealfall wäre ein Marshallplan mit Afrika und dem Nahen Osten.

Rückführung in Würde bedeutet, gemeinsam mit den Herkunftsländern eine Art partnerschaftliches Arbeitsmarktservice für Rückkehrer zu entwickeln. Die Heimkehr erfolgt

in Kombination mit dem Angebot einer Perspektive im Heimatland: ein Job in einem öffentlichen oder genossenschaftlichen Beschäftigungsprogramm, ein Mikrokredit, um sich selbständig zu machen oder eine Ausbildung.

Parallel zu einer partnerschaftlichen Arbeitsvermittlung wären auch partnerschaftliche Büros einzurichten, die Migrationswilligen vor Ort ein realitätsnahes Bild über ihre Möglichkeiten in Europa und die Reise dorthin vermitteln.

3.8. HERKUNFTSLÄNDER SICHER MACHEN

Rückführung in Würde bedeutet auch, dass wir Flüchtlingen nicht in Kriegsgebiete rückführen oder in Länder, wo sie unmittelbar von Repressionen bedroht sind. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen können aber auch ein Instrument sein, Herkunftsländer sicherer und demokratischer zu machen.

Eine Amnestie für Wehrdienstverweigerer könnte beispielsweise zu einer Bedingung einer Wirtschaftspartnerschaft mit Eritrea gemacht werden. In Ländern, die von sogenannten ethnisch motivierten Konflikten betroffen sind, wie Somalia oder der Südsudan, müssten die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auch mit den Stämmen geführt und die Wirtschaftshilfe an eine Beendigung der Kriege geknüpft werden. Eben solche Verhandlungen wären auch in Afghanistan oder Libyen nötig. Zum Teil hat es sich auch als sinnvoll erwiesen, Verhandlungen mit der politischen Repräsentation von Städten zu führen.

Gibt es keine Möglichkeiten, die direkten Herkunftsländer abzusichern, ist es sinnvoll, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Nachbarländern abzuschließen, und diesen Ländern dabei zu helfen, die Flüchtlinge aufzunehmen. Länder, die viele Flüchtlinge beherbergen, müssen besonders gute Bedingungen für Wirtschaftsabkommen erhalten.

Dementsprechend muss auch die Versorgung bestehender Flüchtlingsstädte gesichert sein, nicht nur mit Nahrung und medizinischer Versorgung, sondern auch mit Bildung und Kultureinrichtungen.

Der Migrationsexperte Gerald Knaus konstatiert Rückführungsabkommen eine sehr hohe Effektivität. Rückführungsabkommen hätten in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Migrationsbewegungen schnell stoppen, wenn Asylverfahren zeitnah zu einem Bescheid kommen und negative Bescheide mit einer Rückführung verbunden sind. Damit sich

Menschen nicht mehr auf die gefährliche Reise übers Mittelmeer machen müssen, ist es überhaupt nicht notwendig, auf brutale Abschreckungsmaßnahmen und menschenrechtswidrige Internierungslager zu setzen.³⁴

3.9. EINE SOZIALDEMOKRATISCHE KOALITION DER WILLIGEN

Die Maßnahmen, die bisher präsentiert wurden, haben zugegebenermaßen eine Schwäche: Sie erfordern die Zusammenarbeit Europas. Ein Land alleine ist diesen Maßnahmen nicht gewachsen. Eben diesen Schwachpunkt weist jedoch auch die rechte Abschottungspolitik auf.

Deshalb müssen sowohl linke als auch rechte Regierungen, solange ihre Politik nicht auf EU-Ebene durchsetzbar ist, auf eine jeweilige Koalition der Willigen setzen.

Eine progressive Koalition der Willigen kann keinen Marshallplan aufstellen. Aber sie kann damit beginnen, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu schließen. Einzelne EU-Länder könne keine Abkommen über Zölle abschließen. Aber es wäre möglich, Abkommen gegen Waffenhandel und Steuerflucht schließen, militärische Interventionen gemeinsam zu verurteilen und die aggressive Handelspolitik der EU anzuprangern. Die Koalition könnte Rückführungsabkommen mit einzelnen Staaten abschließen, beispielsweise indem sie im Gegenzug Kontingente für Studienplätze anbietet, oder ein gemeinsames Investitionsprojekt entwickelt.³⁵ Sie könnte zu einem respektierten Bündnispartner fortschrittlicher Bewegungen und Regierungen in Afrika und im Nahen Osten werden.

Diese Rolle könnte sogar ein einziges europäisches Land einnehmen. Ich bin überzeugt, dass Österreich, wenn es sich zum Anwalt der Länder Afrikas und des Nahen Ostens macht, damit nicht nur gegen das Unrecht auftreten würde, sondern auch eine Reihe wirtschaftlicher Möglichkeiten auf tun kann und in der Verhandlung von Rückführungsabkommen Erfolge erzielen könnte. Ein solches selbstbewusstes Auftreten eines österreichischen Bundeskanzlers oder einer Bundeskanzlerin auf der internationalen Bühne würde die Österreicherinnen und Österreicher zu Recht Stolz machen, so wie die Menschen in der Nachkriegszeit zu Recht Stolz auf Kreiskys Außenpolitik waren. 🍷

JOSEF FALKINGER

arbeitet als Ökonom in Wien und ist FSG-Vorsitzender in der Statistik Austria.

1. In Europa ist die Anzahl der Asylanträge von 2016 auf 2017 um 46% gesunken – von 1,206 Millionen Menschen auf 649.855 Menschen. (Die Presse, 14.3.) In Österreich ist die Anzahl der Asylanträge von 2016 auf 2017 von 42.285 auf 24.735 um 58,5% gesunken. (Kurier, 29.3) Die Ursache dafür ist nicht, dass die Balkanroute militärisch gesperrt wurde, sondern der Deal der EU mit der Türkei. Die Türkei hat bereits 3,6 Mio. Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Auf der anderen Seite wirken die ungeheuerlichen Zustände in Libyen verbunden mit Abkommen mit der EU aktuell als Bremse.
2. UNO Flüchtlingshilfe Deutschland, Zahlen & Fakten, abgerufen am 18.7.2018: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/>
3. Sebastian Kurz hat im Wahlkampf Fluchtursachen im Zusammenhang mit Hilfe vor Ort thematisiert. Dabei ging er aber nie auf die Verantwortung der Industrieländer an diesen Fluchtursachen ein. Im Gegenteil. Während kritischen NGOs das Geld abgedreht wird, geht unter Kurz ein großer Teil der Entwicklungshilfe in die Förderung von Agrarkonzernen.
4. Das außerordentlich wichtige Thema der Integration kann aus Platzgründen hier nicht behandelt werden.
5. Laut aktuellem Eurobarometer der Europäischen Kommission (Frühling 2018) sehen 39% der Menschen in Europa Migration als wichtigste politische Herausforderung. Zum Vergleich: 18% nannten Wirtschaft, 14% Arbeitslosigkeit, 9% steigende Lebenskosten, 4% Pensionen und 11% Klimaveränderung. In Österreich liegen die Werte beim Thema Migration bei 38%.
6. Immer wieder steht Afrika im Artikel gegenüber dem Nahen Osten im Vordergrund. Um Fluchtursachen in Afrika zu diskutieren ist es wichtig auf die Verwurzelung der massiven ökonomischen Probleme in einer neoliberalen Wirtschaftspolitik einzugehen. Im Nahen Osten hingegen war vor den militärischen Interventionen die ökonomische Situation weit stabiler, da sich Staaten wie der Irak mit einer staatlichen Kontrolle des Erdölsektors marktradikalen Reformen weitgehend entziehen konnten. Im nahen Osten hat erst die militärische Intervention der Großmächte, die Fluchtursachen geschaffen. (auch in Lybien)
7. Eine genaue Übersicht über die Daten über Asylsuchende in Deutschland findet sich auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland> (abgerufen: 8.8.2018)
8. Die Welt, Wer kämpft im Südsudan eigentlich gegen wen?, 19.1.2014
9. Was hat mein Smartphone mit dem Krieg im Kongo zu tun? ; Die Presse, (19.1.2016)
10. Vergleiche <https://derstandard.at/2000011857537/Hintergrund-Was-ist-Boko-Haram> (abgerufen 9.8.2018)
11. Die US-Ökonomen Jeffrey Sachs und Andrew Warner kamen 1995 in ihrer Arbeit „Natural Resource Abundance and Economic Growth“ zu diesem Schluss.
12. Laut eine Studie der Open Society Initiative for West Africa schmuggelten Multis in Westafrika im Jahr 2011 18 Mrd. \$ am Fiskus vorbei, während die Länder 12 Mrd. \$ Entwicklungshilfe bekamen. Dabei ist die Steuerbasis in Afrika ohnehin schon sehr niedrig. (die Presse. 14.07.2018: Steuervermeidung: Wie Multis in Afrika Steuern sparen)
13. Vergleiche <https://www.dw.com/de/textilindustrie-die-wiederentdeckung-afrikas/a-17958526> (abgerufen 9.8.2018)
14. Benjamin W. Mkapa, Präsident von Tansania (1995 -2005) drückte es so aus: "We cannot continue to export a narrow range of products and import a broad range of finished goods on our way to development. The hard work of industrialization and food production must be done."
15. EU und Afrika besiegeln umstrittene Handelsabkommen, Deutsche Welle, 18.11.2014
16. Kenia konnte mit einer Exportsteuer auf Tierhäute den Aufbau einer kenianischen Lederindustrie fördern. Genau diese Exportsteuer wurde 2014 mit einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU abgeschafft.
17. Afrika, die EU und der Freihandel; Deutsche Welle, 12.6.2017
18. Baumwolle wird zu billig gemacht, stern, 9.9.2003
19. EU-Importe topedieren Afrikas Wirtschaft, Süddeutsche Zeitung, 29.12.2016
20. EU-Freihandelsabkommen mit Afrika: Hilfe oder Selbstbedienung, Deutsche Welle, 21.3.2016
21. Freihandel macht hungrig, Le Monde Diplomatie 13.1.2012
22. Wie reiche Investoren die Ressourcen Afrikas zu Geld machen, die Zeit, 27.4.2012
23. Das Geschäft mit dem Ackerland, die Zeit; 27.4.2012
24. Flüchtlinge in Nahost müssen hungern (Süddeutsche Zeitung 14.10.2014)
25. Welternährungsprogramm prangert Hunger in Syrien an, <https://www.dw.com/de/weltern%C3%A4hrungsprogramm-prangert-hunger-in-syrien-an/a-17487970> (abgerufen: 8.8.2018)
26. Die Zeit, Merkel war es wirklich nicht, 11.10.2016: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/fluechtlingspolitik-fluechtlinge-angela-merkel-balkanroute-offene-grenze> (abgerufen: 8.8.2018)
27. Vergleiche <https://www.inkota.de/themen-kampagnen/welternaeherung-landwirtschaft/keine-entwicklungshilfe-fuer-agrarkonzerne/> (abgerufen 10.8.2018)
28. Wie Sebastian Kurz mit Entwicklungshilfe Raiffeisen und Co fördert, kontrast.at; 27.5.2017
29. Beispiele dafür sind die Privatisierungen der Ölfelder in Libyen und dem Irak aber auch die Kooperation Rohstoffkonzerne mit Kriegsherren und Söldnerfirmen im Kongo eingehen.

30. Réseau des organisations paysannes et de producteurs de l'Afrique de l'ouest
31. In Niger sind das die Gewerkschaftsdachverbände USTN, CDTN und CNT, die 2009 mit einem Generalstreik wesentlich zur Einführung einer demokratischen Verfassung beitrugen. In Niger stellt zur Zeit die Nigrische Partei für Demokratie und Sozialismus den Premier, die wie die SPÖ Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Auch das könnte ein Anknüpfungspunkt für eine solidarische Zusammenarbeit sein.
32. Ohne Grenzkontrollen ist es nicht möglich Zölle einzuhoben oder Kapitalverkehrskontrollen durchzuführen: zwei Grundbedingungen fairer Handelspolitik und linker Industriepolitik. Die Idee der Offenen Grenzen wurde nicht umsonst zur Zeit der Gründung des EWRs von Wirtschaftsliberalen Intellektuellen forciert.
33. Der zweite Grund liegt darin, dass Rechtspopulisten offenbar auch Schwierigkeiten haben einander partnerschaftlich zu behandeln und eine gemeinsame multilaterale Vorgangsweise zu entwickeln. So schafften Salvini, Seehofer, Kurz und Orban bis dato keine Einigung auf eine gemeinsame Vorgehensweise.
34. Vergleiche, Gerald Knaus: „Seehofer-Plan nicht umsetzbar“, Kurier, 25.6.2018
35. Siehe Fußnote 44



CHINESE WHISPERS

Samson Young, We are the world, as performed by the Hong Kong Federation of Trade Union Chorus, 2017

Video, Mehrkanal-Soundinstallation

Courtesy Sigg Collection

© Samson Young

No pasarán!

Vom 23.-26. September 2018 tagte der jährliche Parteitag der Labour Party, heuer in Liverpool. Zu den herausragendsten Beiträgen dieser Konferenz zählte die Rede der Schatten-Außenministerin **Emily Thornberry**, die den Bogen von den Internationalen Brigaden bis zum Kampf gegen den Rechtsextremismus in der Gegenwart und von der Klimakatastrophe bis zur Auseinandersetzung mit rechtem und linken Antisemitismus spannte. Die ZUKUNFT druckt die erste deutsche Übersetzung ihrer bemerkenswerten Rede ab.

Hoher Parteitag, wie wir alle wissen, ist 2018 ein Jahr zahlreicher wichtiger Jubiläen der sozialistischen Bewegung – einer Bewegung, die immer auf der unaufhaltsamen Dynamik der Massen, der unglaublichen Inspiration mutiger Individuen und der tiefen Überzeugung beruht hat, dass jede Ungerechtigkeit, die einem Einzelnen widerfährt, eine Ungerechtigkeit gegenüber uns allen, wo auch immer wir leben, darstellt.

Und dieses Jubiläumsjahr beginnt mit dem feierlichen Gedenken an die Gründung des TUC¹ vor 150 Jahren: 150 Jahre, die dem Kampf für die Rechte der arbeitenden Menschen gewidmet waren, nicht nur hier in Großbritannien, sondern weltweit und heute stärker als je zuvor, dank der Führung durch Frances O'Grady² und dank einer Labour-Parteiführung, die heute wieder die VertreterInnen der arbeitenden Menschen respektiert, statt ihnen mit offener Verachtung zu begegnen.

Und in diesem Jubiläumsjahr, hoher Parteitag, erinnern wir uns auch daran, dass es 130 Jahre her ist, dass ein dünner, bescheidener, bärtiger Sozialist – bemerkenswert, wie diese Menschen die Welt verändern können [den Blick auf Jeremy Corbyn gerichtet, Anm.] –, der Franzose Pierre De Geyster eine neue Melodie zu einem alten Text verfasst hat und damit ein Lied schuf, das wir heute als „Die Internationale“ kennen. Ein Lied, das die ArbeiterInnenklasse Europas inspiriert und die herrschende Klasse erschüttert hat, weil es Krieg und Ausbeutung den Kampf ansagte und die Menschheit zum gemeinsamen Handeln aufforderte.

Hoher Parteitag, heuer ist es auch 100 Jahre her, dass erstmals die Frauen unseres Landes das Wahlrecht erlangten und

für das Parlament kandidierten. Lasst es nicht unwidersprochen, wenn jemand sagt, den Frauen wurde das Wahlrecht „gegeben“, denn niemand hat den Frauen, in deren Tradition wir stehen, irgendetwas gegeben. Sie haben für diese Rechte gekämpft, sie haben für diese Rechte gelitten, und manche sind für diese Rechte gestorben! Alle Rechte, die wir heute genießen, wurden von diesen tapferen, brillanten Frauen für uns errungen!

Es ist aber auch 100 Jahre her, hoher Parteitag, dass eine junge Frau, die niemals das Wahlrecht erlangte, ihren einzigen Sohn geboren hat: Einen Sohn, dem 50 Jahre später das Recht verwehrt wurde, dem Begräbnis seiner Mutter beizuwohnen, weil er in einer Gefängniszelle auf Robben Island saß. Nosekeni Mandela hat die Befreiung ihres Sohnes nicht mehr erlebt. Sie hat nicht mehr erleben können, wie er sein Land verändert und die Welt inspiriert hat. Aber er nannte sie das Zentrum seines Universums, und deshalb verdanken wir es auch ihr, dass wir es erlebt haben.

Hoher Parteitag, wir feiern in diesem Jahr auch die Jubiläen von manchen der größten Errungenschaften der Labour Party: Vor 70 Jahren hat die Regierung von Clement Attlee das NHS³ geschaffen; Vor 50 Jahren hat die Regierung von Harold Wilson maßgeblich zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags beigetragen; Vor 20 Jahren hat Gordon Brown die Tax Credits⁴ eingeführt, die die Tories abzuschaffen versuchen; Vor 20 Jahren hat Tony Blair das Karfreitagsabkommen ermöglicht, das die Tories jetzt gefährden; Und vor 20 Jahre startete die Devolution Revolution⁵, die die Tories ignorieren wollen, wenn sie uns beim Brexit vor die falsche Wahl zwischen „Chequers Deal“ und „No Deal“ stellen

wollen: beide Varianten werden Arbeitsplätze und Wachstum in unserem Land vernichten und keine davon werden wir akzeptieren!

Aber hoher Parteitag, es ist auch ein Jahr tragischer Jubiläen.

Vor 100 Jahren endete der Erste Weltkrieg, in dem sich junge Männer aus Europa, Afrika, dem Nahen Osten und Asien vereinten, nicht im Geist der Internationalen, sondern – in den Worten von Keir Hardie⁶ –, „um die grauenvollen Massengräber des Kriegs zu füllen“, im Namen „selbststüchtiger und inkompetenter Staatsmänner“, die daran versagten, den Frieden zu erhalten.

Und es ist 70 Jahre her, dass Gandhi ermordet wurde und 50 Jahre seit der Ermordung von Martin Luther King und Robert Kennedy; drei Männer der Hoffnung, die alle drei erschossen wurden, weil sie an eine Alternative zu Gewalt und Hass und Krieg glaubten.

Und es gibt noch ein Jubiläum, das uns gebietet, innezuhalten und zu gedenken. Denn heuer vor 80 Jahren, hoher Parteitag, genau letzte Woche vor 80 Jahren, wurden die Internationalen Brigaden aufgelöst, nach ihrem heldenhaften Kampf gegen den Faschismus in Spanien und ihrer heroischen Schlacht am Ebro. Wir würdigen heute diese tapferen Männer und Frauen – unter ihnen einen der größten Söhne Liverpools, den legendären Jack Jones⁷ –, Männer und Frauen, die bereit waren, ihre Jugend, ihre Zukunft und ihr Leben zu opfern, um zu versuchen, den Aufstieg des Faschismus in Europa zu stoppen.

Und machen wir uns nichts vor, wir brauchen diesen Geist auch heute wieder, hoher Parteitag, denn diese gefährlichen Kräfte sind längst wieder im Aufstieg begriffen, und zwar in einer Dimension und einer Geschwindigkeit, die wir seit den Tagen der Internationalen Brigaden nicht mehr gesehen haben.

Es sind nicht nur die Szenen aus Charlottesville oder Stockholm, wo maskierte Schlägertypen unter Neonazi-Fahnen marschieren. Es ist vor allem – und noch viel bedrohlicher – der Aufstieg politischer Führer, die einen Nationalismus verkörpern, der sich nicht durch Liebe zum eigenen Land und den Menschen, die darin leben, definiert, sondern durch den Hass auf alle anderen; der die Demokratie und die

Redefreiheit untergräbt; und der jede Minderheit, der ganze Religionsgemeinschaften und kritische Medien als „den Feind“ brandmarkt.

Und überall, wo wir heute diese Regierungen sehen wissen wir, dass sie eine Welt schaffen wollen, die das genaue Gegenteil der Idee der Internationale ist: Eine Welt, in der die Menschheit gespalten und mehr in Hass versunken ist, als jemals seit den 1930er-Jahren. Eine Welt, die gerade deshalb unfähig ist, sich mit den Problemen zu beschäftigen, vor denen wir alle gemeinsam stehen.

Deshalb zucken die Führer der Welt mit den Schultern während die Klimakrise den „Point of no return“ zu erreichen droht. Deshalb verkaufen Regierungen, wie die unsrige, Waffen nach Saudi-Arabien, auch wenn erwiesen ist, dass mit diesen Waffen unschuldige Kinder in Jemen ermordet werden. Deshalb erscheint der Syrien-Krieg unlösbar, obwohl ein Dutzend führender Länder involviert ist, die aber alle zu beschäftigt sind, diesen Krieg zu beenden, weil sie ihre eigenen tödlichen Machtspiele mit dem Leben anderer Menschen spielen.

Deshalb kann Nordkorea fröhlich weiter an seinen Atomwaffen bauen. Deshalb ist Nazanin⁸ bereits das dritte Jahr in iranischer Haft. Deshalb können Myanmar und Kamerun ihre eigenen BürgerInnen ungehindert abschlachten. Deshalb kann Russland nicht nur in Syrien, sondern auch in Salisbury ungestraft agieren; Und deshalb kann Donald Trump einfach so Verträge in Stücke reißen, die andere in jahrelanger Mühe verhandelt haben.

Das alles, hoher Parteitag, ist möglich, weil die Weltordnung in eine rechtsfreie Zone, in ein Gerangel „jeder gegen jeden“ verwandelt wurde und weil es kein politisches Leadership gibt, um es wieder in Ordnung zu bringen. Aber, hoher Parteitag, hier in diesem Saal, hier auf dieser Bühne, hier ist dieses Leadership, in der Person von Jeremy Corbyn und es ist unsere Aufgabe als Labour Party, in der Regierung das Ruder heranzureißen und die Welt in eine andere Richtung zu lenken.

Mit dem Leadership von Nia Griffith⁹ werden wir unsere Streitkräfte stärken und das 2%-Ziel für Verteidigungsausgaben erreichen, wir werden mehr in Peace-Keeping investieren, wir werden unsere internationalen Verträge respektieren und wir werden niemals zögern, uns selbst, unsere Alliierten und unsere BürgerInnen im Ausland zu verteidigen.

Aber gleichzeitig werden wir als Partei nie wieder illegale Angriffskriege und Interventionen unterstützen! Kriege, die keine Pläne für die Zukunft hatten und bei denen sich niemand Gedanken über deren Konsequenzen gemacht hat – ob es nun die unschuldigen Menschenleben betrifft, die sie gekostet haben, oder die nicht-regierten Zonen, die sie geschaffen haben, und in denen terroristische Gruppen florieren konnten.

Mit dem Leadership von Kate Osamor¹⁰ werden wir uns der Herausforderung stellen, die Nelson Mandela diesem Parteitag vor 18 Jahren vorgegeben hat, als er uns sagte, es sei „eine der größten politischen und moralischen Aufgaben der Labour Party im 21. Jahrhundert, die Behüter unserer Brüder und Schwestern weltweit“ zu werden.

Und mit dem Leadership von Jeremy Corbyn müssen und werden wir die Welt in eine andere Richtung lenken, indem wir die Menschenrechte stärken, indem wir den internationalen Waffenhandel reformieren, indem wir Konflikte beenden, indem wir Flüchtlinge nicht länger dämonisieren, und indem wir eine atomwaffenfreie Welt von einem unmöglichen Traum in ein konkretes Ziel verwandeln.

Und mit dem Leadership von jeder Einzelnen von uns, hoher Parteitag, werden wir die Erinnerung an die Internationalen Brigaden ehren und den Kampf gegen die Kräfte des Faschismus, des Rassismus, der Vorurteile und des Antisemitismus anführen. Genau das haben wir immer gemacht, hier in unserem Land und international, und genau das haben wir auch künftig immer zu tun.

Wir haben 1936 in Spanien gegen Franco gekämpft. Wir haben in diesem Jahr in der Cable Street¹¹, Seite an Seite mit der jüdischen Gemeinde, gekämpft, um die Schwarzhemden zu stoppen. Wir waren ein Jahr später hier in Liverpool zur Stelle, als Oswald Mosley¹² in dieser großartigen Stadt eine Rede halten wollte und sie wieder verlassen musste, ohne ein Wort gesprochen zu haben. Und wir waren in den 1980ern zur Stelle – unter anderen auch ich –, als wir gegen die National Front¹³ marschierten.

Und erinnern wir uns, hoher Parteitag, wir haben all diese Kämpfe gewonnen! Wir haben die Schwarzhemden besiegt, wir haben die NF besiegt, die BNP¹⁴ und die EDL¹⁵ und wie auch immer sie sich heute nennen mögen, wie sehr sie ihre rassistische Hetze zu maskieren versuchen, wir werden in den

gleichen Straßen sein und wir werden den Faschisten entgegenrufen: NO PASARAN!

Und wenn wir auf all diese Kämpfe, über einen Zeitraum von 80 Jahren, zurückblicken, dann möchte ich schon auf eine einfache Wahrheit aufmerksam machen: Es waren nicht tausende Tories, die sich in den Straßen versammelten, um den Kräften des Faschismus entgegen zu treten. Es waren Frauen und Männer, wie sie heute hier in diesem Saal sitzen. Es waren Jack Jones und die Eltern von Jeremy. Es waren Jon Lansman¹⁶ und Len McCluskey¹⁷, Diane Abbott¹⁸ und Dawn Butler¹⁹, Jeremy Corbyn und John McDonnell²⁰. Ich bin eigentlich nie anderer Meinung als John, aber in dieser Frage bin ich es doch: Wenn er sagt, wir brauchen eine neue Anti-Nazi-League, glaube ich das nicht. Weil es diese Anti-Nazi-League bereits gibt. Hier in diesem Saal, und hier auf dieser Bühne!

Aber hoher Parteitag, lasst mich noch etwas aus tiefstem Herzen sagen, von dem ich nie geglaubt hätte, dass ich es irgendwann in meinem Leben als Mitglied der Labour Party sagen müsste: Wenn wir Faschismus und Rassismus und den Hass auf dieser Welt zum Verschwinden bringen wollen, dann müssen wir damit beginnen, wir müssen damit beginnen, sie in unserer Partei zum Verschwinden zu bringen.

Wir unterstützen alle die palästinensische Sache, wir sehen uns alle verpflichtet, einen palästinensischen Staat anzuerkennen und ich zögere keine Sekunde, die Regierung von Benjamin Netanyahu für ihre rassistische Politik und ihre kriminellen Handlungen gegen das palästinensische Volk zu verurteilen.

Aber wir wissen auch, und wir müssen uns das alle eingestehen, dass es abscheuliche Personen an den Rändern unserer Bewegung gibt, die die legitime Unterstützung für Palästina als Vorwand für ihre verachtungswürdigen Hass auf Jüdinnen und Juden und ihren Wunsch, Israel vernichtet zu sehen, missbrauchen. Diese Menschen stehen für alles, wogegen wir immer gestanden sind und diese Menschen müssen aus unserer Partei geworfen werden, wie Oswald Mosley aus Liverpool rausgeworfen wurde!

Und hoher Parteitag, noch etwas: Wenn wir wirklich den Traum der Internationalen verwirklichen wollen, die Menschheit zu einen, unser Land wieder zu einen, dann müssen wir damit beginnen, unsere Partei zu einen und diese sinnlosen

Konflikte zu beenden, die unsere Bewegung spalten, die unsere Debatten vergiften, und die uns davon ablenken, gegen die Tories zu kämpfen.

Gandhi sagte: „Wir spiegeln die Welt wieder. Wenn es uns gelingt, uns selbst zu ändern, wird sich auch die Welt ändern.“ Wenn wir selbst nicht die Stärke zeigen, uns selbst zu ändern, wie können wir dann darauf hoffen, unser Land und die Welt zu verändern?

Aber wenn es uns gelingt, dann denkt daran, was wir noch alles zu leisten im Stande sind. Denkt daran, wie wir in der Regierung Geschichte schreiben können. Denkt daran, was wir schaffen können, woran künftige Parteitage sich erinnern werden.

Ich möchte mit einer Geschichte enden, die Dolores Gomez über die Belagerung von Madrid erzählt hat, als sie und ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger Tag für Tag damit rechneten, dass ihre Straßen an die Faschisten fallen würden, die die Stadt umzingelten. Eines Tages hörten sie den Marschtritt einer großen Einheit. „Genagelte Stiefel“, schreibt sie, „schweigend und ernst marschierende Männer, mit Gewehren auf den Schultern, mit aufgepflanztem Bajonett, die die Erde unter ihnen zum Beben brachten.“ Sie und andere hockten auf den Balkons und den Dächern, die die Straßen überblickten, mit geladenen Gewehren und Handgranaten, bereit auf das vereinbarte Signal hin anzugreifen. Aber plötzlich begannen die Soldaten zu singen. „Es jagte den Menschen ein Schaudern über den Rücken. ‚Ist es ein Traum?‘, fragten die Frauen schluchzend.“ Nein, war es nicht. Die Männer, die da die Straße entlang marschierten, hatten begonnen, „Die Internationale“ zu singen, jeder in seiner eigenen Sprache – Französisch, Italienisch, Deutsch, Englisch –, es waren die Soldaten der Internationalen Brigaden, die alle einen anderen Text sangen, aber alle mit der gleichen Bedeutung: Wenn auch nur einer von uns von den Kräften des Hasses, der Vorurteile, der Ausbeutung angegriffen wird, dann werden wir alle von ihnen angegriffen. Dann müssen wir zusammenstehen und gemeinsam dagegen ankämpfen.

Und wenn wir dieselbe Einigkeit heute in unserer Partei zeigen, wenn die Vorurteile und die Spaltung in unseren Reihen überwinden können, dann können wir auch unser gespaltenes Land wieder einen, dann können wir auch unsere zerklüftete Welt wieder einen, und wir können zeigen, dass die größten Errungenschaften unserer sozialistischen Bewe-

gung nicht in der Vergangenheit liegen, sondern in der Zukunft. Diese Art der Regierung brauchen wir für unser Land und dieses Großbritannien brauchen wir für unsere Welt! 🍷

EMILY THORBERRY

ist Anwältin und wurde erstmals 2005 als Abgeordnete des Wahlkreises Islington South und Finsbury ins Unterhaus gewählt. 2015 zählte sie zu den 36 von 232 Labour-Abgeordneten, die Jeremy Corbyns Kandidatur unterstützten. Thornberry ist seit Juli 2016 Schatten-Außenministerin im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn.

1. Trades Union Congress, der Dachverband der britischen Gewerkschaften.
2. Frances O'Grady ist Generalsekretärin (und damit oberste Funktionärin) des TUC.
3. National Health Service, das öffentliche Gesundheitssystem Großbritanniens.
4. Ein relativ groß dimensioniertes System von Negativsteuern, von dem NiedrigverdienerInnen besonders profitieren.
5. Devolution: Die Dezentralisierung, die eigene Parlamentarische Versammlungen für Schottland, Nordirland und Wales schuf und zahlreiche Kompetenzen der Zentralregierung übertrug.
6. Keir Hardie: Mitbegründer und erster Parteivorsitzender der Labour Party.
7. Jack Jones: britischer Gewerkschafter und Generalsekretär der TGWU, einer der größten Gewerkschaften weltweit, die 2007 mit anderen Gewerkschaften zu UNITE fusionierte.
8. Nazanin Zaghari-Ratcliffe ist eine britische BBC-Journalistin, die 2016 vom iranischen Regime wegen „Propagandatätigkeit“ verhaftet wurde und seither eingesperrt ist.
9. Nia Griffith: Schattenministerin für Verteidigung.
10. Kate Osamor: Schattenministerin für Internationale Entwicklung.
11. Die British Union of Fascists (BUF) kündigte für 4.10.1936 eine Demonstration durch ein jüdisches Viertel im Londoner East End an. Rund 20.000 linke DemonstrantInnen errichteten Barrikaden und stellten sich den Faschisten in den Weg, denen ein starkes Polizeiaufgebot, letztlich erfolglos, den Weg durch die Cable Street zu bahnen versuchte.
12. Oswald Mosley: Chef der BUF
13. National Front (NF): Rechtsextreme britische Partei, die ihren Höhepunkt in den 1970er- und 80er-Jahren erlebte.
14. British National Party (BNP): rechtsextreme britische Partei, gegründet 1982.
15. English Defence League (EDL): rechtsextreme Organisation, gegründet 2009.
16. Jon Lansman: Gründer der Corbyn-unterstützenden Graswurzelbewegung Momentum, Mitglied des Parteivorstands der Labour Party (NEC).
17. Len McCluskey: Generalsekretär der Gewerkschaft UNITE.
18. Diane Abbott: Schattenministerin für Inneres.
19. Dawn Butler: Schattenministerin für Gleichstellung.
20. John McDonnell: Schattenschatzkanzler.

CHINESE WHISPERS

He Xiangyu, The Death of Marat, 2011
 Glasfaser, Kieselgel
 Courtesy Sigg Collection
 © He Xiangyu

CHINESE WHISPERS

MAK



Die Macht der Banken brechen

Zehn Jahre nach der Finanzkrise scheint sich in der Wahrnehmung zahlreicher ÖkonomInnen an der internationalen Organisation des Finanzwesens nur wenig verändert zu haben. Diese Wahrnehmung wird auch von der linken Ökonomin Ann Pettifor geteilt, die in einem neuen Buch für demokratische Regulation des Bankenwesens eintritt. **Philipp Tzaferis** stellt einige Argumentationen des Buches dar.

Mit „The Production of Money“ liefert Ann Pettifor Aufklärung über die Funktionsweise und die Schwächen des aktuellen Geldsystems, gängiger Geldtheorien und der aktuellen Geld- und Währungspolitik. Eines der zentralen Ziele des Buchs ist es, Geldtheorie für alle zugänglich und verständlich zu machen. Ann Pettifor ist Ökonomin und Direktorin des PRIME-Netzwerks (Policy Research in Macroeconomics) progressiver ÖkonomInnen und unter anderem Trägerin des Hannah Arendt-Preises 2018 der Heinrich Böll-Stiftung. Als Mitbegründerin der „Jubilee 2000“-Kampagne zur Entschuldung der sogenannten Dritten Welt wurde sie 1999 mit der Auszeichnung „Freedom of the City of Callao“ in Peru für ihre Leistungen zur Entschuldung Perus bedacht. Seit 2015 gehört Pettifor dem Beratungskomitee zu wirtschaftlichen Fragen der britischen Labour Party an, unter anderem mit Joseph Stiglitz, Mariana Mazzucato und Thomas Piketty.

WAS IST GELD EIGENTLICH?

Pettifor widerspricht dieser Argumentation vehement. Geld als Teil eines entwickelten Währungssystems sei eben keine einfache Ware und habe auch nie die Form einer Ware angenommen. Vielmehr seien Geld und Zinsraten soziale Konstrukte, genauer: soziale Beziehungen und soziale Arrangements, die in erster Linie und ultimativ auf Vertrauen basieren. Geld sei daher ein Versprechen und die Zinsrate das Maß des Vertrauens.

In unserem Geld- und Währungssystem basiert, so Pettifor, alles Geld auf einem System von Ansprüchen und dem Austausch dieser Ansprüche in sozialen Beziehungen. Jede Geldsumme entspricht daher immer einem Anspruch, d. h. letzt-

lich einer Verpflichtung, der nachgekommen werden muss, oder sie entspricht einer Schuld. Schuld bzw. Kredit und nicht Tauschhandel (billig einkaufen, teurer verkaufen, engl. barter) sei Teil von Gesellschaften seit der Sesshaftwerdung, wie der Anthropologe David Graeber in seinem Buch „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“ (2015) zeigt.

Pettifor betont, es sei wichtig zu verstehen, dass Geld nicht nur die Münzen und Scheine in unseren Geldbörsen sind, oder nur Buchgeld oder digitale Transfers, die wir jeden Tag machen. Geld ist allem voran ein System, sozial konstruiert und menschengemacht. Geld ist auch nur ausreichend vorhanden, wenn es durch öffentliche Gewalt, die öffentliche Hand oder durch die öffentliche Hand gedeckten Institutionen gesichert ist, also Institutionen denen vertraut wird. Versprechen können „aus dem Nichts“ gemacht oder bekräftigt werden. Diese Versprechen sind bekannt als Kredit.

Was wir Geld nennen hat seinen Ursprung im Glauben. Kredit bzw. das lateinische credo bedeutet: „Ich glaube“. Von Kredit zu sprechen, bedeutet nichts anderes als „Ich glaube, bzw. ich vertraue, dass du jetzt oder in der Zukunft (zurück-) zahlen wirst.“ Manche dieser Versprechen seien risikobehafteter als andere, denn manche Schuldner sind weniger vertrauenswürdig als andere. In der Zinsrate drückt sich dieses Risiko des Versprechens als „Preis“ aus. Während Harvard-AbsolventInnen niedrige Zinsen auf ihre aufgenommenen Kredite bezahlen, müssen zum Beispiel FriseurInnen höhere Zinsen bezahlen. Die Preise dieser Versprechen, und daher der Preis des Kredits bzw. des Geldes, würden von Fall zu Fall entschieden. Daher, so argumentiert Pettifor, war die Zinsrate auch niemals das Ergebnis des Angebots oder der Nachfrage nach Geld. Stattdessen basiere der Preis auf einer Risikoeinschätzung der

Mitarbeiter der Banken bzw. Finanzinstitutionen. Vor diesem Hintergrund lässt sich von Geld nicht als einer Ware sprechen, ebensowenig kommt Geld Tauschhandel gleich. Geld ist für Pettifor, übrigens wie für Joseph Schumpeter, nicht mehr als ein „promise to repay“. Bargeld, sei es in Form von Gold, Silber, Münzen oder Geldscheinen, ist und war nur die Repräsentation von Versprechen, also von Vertrauen, nicht aber das Versprechen selbst.

In einem Vortrag an der London School of Economics im Februar 2017 bemühte Pettifor das Beispiel einer Kreditkarte. Auf vielen Kreditkartenkonten befindet sich zu Anfang kein Geld. Alles, was existiert, ist ein sozialer Vertrag mit der Bank. Das Versprechen bzw. die Verpflichtung gegenüber der Bank, die Schulden, die durch die Ausgaben mit der Karte entstehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zurückzuzahlen inklusive dem vereinbarten Zins. Wenn Geld auf der Kreditkarte ausgegeben wird, tauscht man nicht die Kreditkarte gegen das erworbene Produkt, da, so Pettifor, Geld nicht wie Tauschhandel funktioniert. Die Karte wandert zurück in die eigene Brieftasche. Es ist die Kreditkarte, und das Vertrauen auf dem sie basiert, das den Kauf eines Produkts oder einer Leistung ermöglicht. Wenn die Bank glaubt, man sei besonders vertrauenswürdig, erhält man eine Platinum-Karte. Wenn sie glaubt, man sei nicht vertrauenswürdig, bekommt man gar keine Karte. Die Kreditkarte, sobald autorisiert, ist das Mittel, durch das man Kaufkraft akquiriert.

Der Kredit ist also nichts mehr als der Glaube der Bank bzw. des Verkäufers des Produkts, dass der oder die BesitzerIn der Karte sowie die Bank die Vereinbarung auf Rückzahlung respektieren. Im Fall der Kreditkarte ist dieser Glaube nicht durch Sicherheiten gedeckt. Jeder Kredit, jedes Geld, ist also eine soziale Beziehung basierend auf Vertrauen. Sei es zwischen Bank und Bankkunde, Käuferin und Verkäufer, Schuldner und Gläubigerin. Während alles Geld Kredit ist, und jeder Kredit Geld ist, ist auch alles Geld Schuld, so wie alle Verpflichtungen auch Ansprüche sind.

DAS GELDSYSTEM UND SEINE PROBLEME

Pettifor, die das Geldsystem an sich als eine der größten Errungenschaften der Menschheit bezeichnet, beschreibt die Institutionen, die zentral sind für ein Währungssystem sind. Das sei erstens die Zentralbank, die einzige Institution, der es erlaubt ist, die Währung eines Landes herauszugeben, Geldscheine zu drucken und Münzen zu prägen. Die Zentralbank

hilft, den Wert einer Währung zu erhalten, indem Steuern in der jeweiligen Währung gezahlt werden müssen. Darüber hinaus beeinflusst die Zentralbank den Diskontsatz, der jedoch nur für Banken gilt. Zweitens nennt sie die Steuerbehörden, die dabei helfen, die Währung zu werten. Je mehr SteuerzahlerInnen existieren und umso besser das System zur Steuereintreibung ist, desto härter ist eine Währung. Drittens das private Bankensystem, das für die Schaffung von 95% der Geldmenge verantwortlich ist. Viertens das Justiz- und Strafsystem, das Verträge durchsetzt. Und fünftens das Rechnungswesen, vor allem die doppelte Buchhaltung, um Buch führen zu können über Vermögen und Schulden.

Pettifor beschreibt, dass das internationale Geld- und Währungssystem heute vom Pendant zu Goethes Zauberlehrling betrieben wird. In Abwesenheit des Zaubermeisters, also demokratischer Regulation, hätten finanzielle Hasardeure und Betrüger seit dem Ende des Bretton Woods-Systems 1971 in regelmäßigen Abständen Weltwirtschaftscrashes herbeigeführt und das Leben von Millionen von Menschen verschlechtert. Derzeit besteht, wie Pettifor darlegt, keine effektive globale Regulation. Die zentrale Frage bleibe also, wer unsere sozial konstruierten, durch die öffentliche Hand gedeckten und gestützten Finanzinstitutionen und finanziellen Beziehungen kontrollieren soll. Für Pettifor ist die Antwort klar: öffentliche, demokratisch-legitimierte und rechenschaftspflichtige regulative Instanzen.

Das Finanzkapital verabscheut jedoch ihm gesetzte Grenzen. Wie Goethes Zauberlehrling wollen die globalen Finanzkapitalisten ihre magischen Fähigkeiten zur Schaffung von Geld frei nutzen, um die Weltwirtschaft mit leichtem aber teurem Geld zu überfluten oder Ökonomien vom Geldfluss abzuschneiden.

Pettifors Leitlinie ist: Wenn wir unsere Demokratien stärken wollen, dann müssen Banken und Banker in die Rolle von Dienstleistern unserer Ökonomien untergeordnet werden. Das bedeutet: Kapitalkontrollen, Kapitalkontrollen, Kapitalkontrollen. Oder in anderen Worten: Offshore-Kapital wieder onshore bringen. Dies sei der einzige Weg, um die Ordnung in Binnenwirtschaften, aber auch in der Weltwirtschaft wiederherzustellen. Für Pettifor bleibt das von John Maynard Keynes angeleitete Bretton Woods-System ein Vorbild in der Ausrichtung des Geld- und Währungssystems. Wie viele KeynesianerInnen bedauert sie die zentrale Stellung des Dollars und das Ausbleiben einer ech-

ten Internationalen Clearing Union. So hätten die zunehmenden Ungleichgewichte im System, zusammen mit einigen Finanzmarktliberalisierungen in den 1960er Jahren zur Destabilisierung und schlussendlich zum Zerfall des Bretton Woods-Systems geführt. Pettifor beschreibt wie die zunehmend despotische Macht des Finanzkapitals seit den 1970er Jahren zu einer Serie an andauernden Finanzkrisen und der Anhäufung von Bergen an nicht mehr zahlbaren privaten Schulden geführt hat.

WAS TUN?

Pettifor schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die negativen Auswirkungen des dominanten Finanzkapitals zu verhindern. Zentral sei hierbei das Management der Schaffung und Verteilung von Geld durch Zentralbanken und Finanzministerien. Um effektiv wirken zu können, müsse sowohl der kommerzielle als auch der Schattenbankensektor auf der nationalen wie auf der internationalen Ebene reguliert werden. Leitlinien sollten dabei die Vermeidung von allzu großen Booms und den darauf folgenden Krisen sein, d. h. antizyklische Politik und Finanzierung produktiver Aktivität solle zur Verfügung stehen. Das bedeute, dass privat geschaffenes Geld für produktive Aktivitäten zu niedrigen Zinsraten verfügbar sein soll, während von spekulativen Tätigkeiten abgeschreckt werden soll, unter anderem durch hohe Zinsraten. Für die Erfüllung dieser Leitlinien stünden eine ganze Reihe an sogenannten makroprudentiellen Instrumenten zur Verfügung. An Keynes orientierte Geldpolitik, die die Höhe von Zinsraten nicht als passive Konsequenz wirtschaftlicher Entwicklung, sondern als Ursache der wirtschaftlichen Entwicklung sieht, sei ein weiteres zentrales Element der Neuausrichtung des Geld- und Währungssystems. Niedrige Zinsen würden ArbeitnehmerInnen und produktiven Unternehmen helfen, hohe Zinsen den Interessen der Klasse des Finanzkapitals.

DIE IDEOLOGIE DER LEHRBÜCHER

Pettifor widmet sich daher auch durchgehend der Frage, wie es dazu kommt, dass sich die vorherrschenden Vorstellungen von Geldpolitik und der darin eingewobenen Frage, was Geld eigentlich ist, so weit von der Realität entfernt haben. Ihre Schlussfolgerung: Das Klasseninteresse der finanziellen Elite sei verantwortlich für falsche Geldtheorie. Und dies schlage sich auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung und ihrer Lehre nieder.

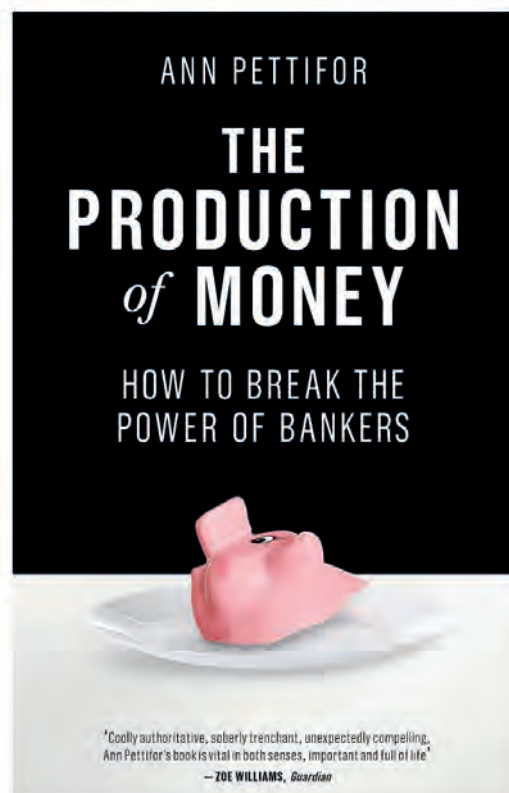
Während sich viele ÖkonomInnen wie John Law (1671–1729), Henry Thornton (1760–1815), Henry Dunning MacLeod (1821–1902), John Maynard Keynes (1883–1946), Joseph Schumpeter (1883–1950), J. K. Galbraith (1908–2006), Hyman Minsky (1919–1996) oder Wynne Godley (1926–2010) der Beschaffenheit und Funktion von Geld bewusst gewesen seien, wurden diese Ideen auf den Universitäten, in der Forschung und vor allem den Lehrbüchern marginalisiert. Stattdessen werde an den Universitäten nicht Wirtschaftswissenschaft, sondern Ideologie gelehrt. Adam Smith sei der erste gewesen, der Geld als neutrales Medium fasste, das Austausch (exchange) im großen Rad der Zirkulation ermöglichte. Paul Samuelson, Autor eines der gängigen Standardlehrbücher des neoklassischen Mainstreams argumentierte, dass selbst in den am meisten entwickelten Industrienationen, wenn wir den Austausch (exchange) auf das Essentielle reduzieren und den vernebelnden Schleier des Geldes abziehen, der Handel zwischen Individuen und Nationen im Prinzip nur Tauschhandel (barter) sei. Dies ist, wie Pettifor nicht müde wird zu betonen, Ideologie, denn der Geldmarkt unterscheide sich gravierend von anderen Warenmärkten, unterliege schlicht nicht einfach dem Wirken von Angebot und Nachfrage und erfordere sehr wohl starke Regulierung. Ebenso sei es pure Ideologie, dass Banken simple Vermittler zwischen Sparern und Schuldnern wären.

Und das eben jene Banken Kredit nicht aus dem Nichts erschaffen würden. Pettifor greift außerdem den Irrglauben an, dass Zentralbanken für die Geldmenge verantwortlich sind, wenn jedoch, wie zum Beispiel in Großbritannien, 95% der Geldmenge von privaten, kommerziellen Banken geschaffen wurde.

FAZIT

Pettifors „The Production of Money“ ist eine Abrechnung mit dem Finanzkapital und ihren neoklassischen WegbereiterInnen auf den Universitäten und dem gesamten Wissenschaftsbetrieb. Pettifors Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Lage und Darlegung der grundsätzlichen Funktion von Geld leistet eine wertvolle Aufklärungsarbeit, die auch über die wirtschaftswissenschaftliche Blase hinaus verständlich und zugänglich ist. Ihre Kritik am Verständnis von Geld richtet sich dabei nicht nur an den neoklassischen Mainstream, sondern auch an die VertreterInnen der Vollgeldbewegung. Ihr didaktischer Stil erlaubt es ihr, komplex erscheinende Themen wie Schattenbanken oder „Quantitative Easing“ verständlich zu

diskutieren. Die Botschaft bleibt klar: Das Geld- und Währungssystem ist demokratisch zu organisieren und zu kontrollieren. Der wichtigste Schritt dabei: Offshore Kapital durch Kapitalkontrollen onshore bringen! 🍷



Ann Pettifor (2018):

The Production of Money. How to Break the Power of Bankers; London:

Verso. 192 Seiten. 16 EUR. Das Buch erscheint dieser Tage in einer deutschen Fassung bei „Hamburger Edition“ um 28,80 EUR.

PHILIPP TZAFERIS

ist Vizepräsident der Young European Socialists (YES) und SPÖ-Sektionsvorsitzender in Wien-Landstraße.

Mehr Neues wagen

Die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung hat ihre eigene sozialpolitische Agenda. Gemeinsam haben die Absichten und Maßnahmen, dass sie sich gegen die Schwachen in unserer Gesellschaft richten. Das zeigt auch die Debatte rund um die Mindestsicherung. Statt sie bloß zu kürzen, sollten wir vielmehr überlegen, wie wir aus der Mindestsicherung ein wirksames soziales Trampolin entwickeln können, arumentiert Steiermarks Soziallandesrätin Doris Kampus..

Seit mehreren Jahren wird die sozialpolitische Frage mit wechselnder Intensität diskutiert, in welcher Form das so genannte letzte soziale Netz ausgestaltet werden soll. Selbstredend handelt es sich dabei um eine zutiefst gesellschaftspolitische Angelegenheit. Aus der Antwort auf diese Herausforderung lässt sich auch das Grundverständnis darüber ableiten, wie wir Gesellschaft sehen, welchen Wert wir dem Zusammenhalt beimessen und wie wichtig uns der einigermäßen faire Ausgleich an Lebenschancen ist.

Rückblickend kann gesagt werden, dass mit der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung am 1. September 2010 erstmals die Mindeststandards österreichweit vereinheitlicht worden sind, während den Bundesländern ein Gestaltungsspielraum eingeräumt wurde, um regionale Unterschiede auszugleichen. Von ihrer Grundkonzeption her hat sich diese Lösung durchaus bewährt. Deshalb waren politische Initiativen, wie jene die 2016 am Veto eines Bundeslandes gescheitert ist sowie ein neuerlicher Anlauf im Frühjahr 2018, darauf ausgerichtet, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zwar weiter zu harmonisieren, aber dennoch in der Kompetenz der Länder zu belassen.

Der Ausarbeitung eines Kompromisses durch die Bundesländer wurde im Rahmen eines Treffens der Sozialreferentinnen und –referenten zunächst vereinbart, um dann wenige Tage später von der Regierungsspitze widerrufen zu werden: Angekündigt bis Ende Juni 2018, liegt auch drei Monate nach diesem Termin nicht mehr als eine vage Punktation der Bundesregierung zur Neugestaltung der Mindestsicherung vor. Da parallel die Absicht bekundet wurde, dass auch die Notstandshilfe als ein Instrument der Arbeitslosenversicherung zu

reformieren, kann die Befürchtung nicht von der Hand gewiesen werden, dass mit einer Neuordnung beider Bereiche ähnlich tiefgreifende Einschnitte in das Sozialsystem vorbereitet werden, wie sie in Deutschland unter dem Stichwort „Hartz IV“ zu massiven sozialen Verwerfungen geführt haben

Wie auch immer die Reform durch die Bundesregierung ausfallen sollte, ist es an dieser Stelle notwendig, einige Grundprinzipien zu skizzieren, die für die Neugestaltung oder Weiterentwicklung der Mindestsicherung jedenfalls gelten sollten.

Erstens sollte die neue strategische Ausrichtung dem Prinzip moderner Sozialpolitik entsprechen, Menschen zu befähigen, möglichst rasch ihr eigenes Leben wieder so in die Hand nehmen zu können, dass sie nicht mehr (oder nicht mehr in diesem Umfang) Leistungen aus dem Basissystem brauchen.

Zweitens muss ganz generell die Bekämpfung der Armut im Mittelpunkt stehen statt die der Armen. Dauerhaft können nur gute und bessere Ausbildung und damit mehr Chancen am Arbeitsmarkt Menschen davor bewahren, von Armut bedroht zu sein. Unbestreitbar bleibt die Notwendigkeit sozialer Sicherungssysteme für alle jene Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – in eine Notlage geraten und Hilfe durch die Allgemeinheit brauchen. So ist die Anhebung der Nettoersatzrate beim AMS-Bezug ein Gebot der Stunde, um die Gefahr von Verarmung einzudämmen.


Drittens muss es das Ziel sein, nicht nur die Arbeitslosigkeit zu senken, sondern auch die Erwerbseinkommen zu erhöhen. In den vergangenen Jahren hat es in aller Regel kei-

ne Zuwächse bei den Realeinkommen gegeben, während die Wertschöpfung deutlich zugelegt hat. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen Anspruch, in fairer Weise an den wirtschaftlichen Leistungen und Erfolgen teilzuhaben.

Viertens ist ein größerer Anteil an Sachleistungen im Rahmen der Mindestsicherung – analog dem System der Integrationshilfe, wie es in der Steiermark etabliert wurde – grundsätzliche Überlegungen wert. Allerdings wird man dabei immer im Auge behalten müssen, dass die allermeisten Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherung kein Problem im Umgang mit Geld sondern schlicht zu wenig davon haben.

Fünftens muss in diesem Kontext auch ein anderes, zugegeben kontrovers bewertetes Instrument der Sozialpolitik mitgedacht werden: das solidarische Grundeinkommen, das sich von einem bedingungslosen Modell dadurch entscheidet, dass die Geldleistungen an Arbeiten wie Müllbeseitigung, Pflege des öffentlichen Raumes oder Begleit- und Einkaufsdienste geknüpft ist, dennoch aber ein Auskommen in Würde ermöglicht.

Gelänge es, aus dem Kontext der bloßen Kürzungs- und negativen Sozialneiddebatte rund um die Neuordnung der Mindestsicherung auszubrechen und gleichzeitig einen Spielraum für moderne und kreative Basislösungen zu eröffnen, ergäbe sich damit auch ein strategischer Wechsel: Die Diskussion rund um soziale Fragen würde anders als bisher nicht in einer reinen Verteidigungsposition geführt sondern aufzeigen, dass es möglich ist, zeitgemäße Antworten auf aktuelle, sozialpolitische Herausforderungen zu finden.

Meiner Meinung nach gilt in der Sozialpolitik von heute:
Wir müssen mehr Neues wagen. 

DORIS KAMPUS

ist Landesrätin für Soziales, Arbeit und Integration in der Steiermark.



CHINESE WHISPERS

Ai Weiwei, Descending Light with A Missing Circle, 2017
© Ai Weiwei

CHINESE WHISPERS

MAK





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____